

Jus Internationale et Europaeum

herausgegeben von
Thilo Marauhn und Christian Walter

88



Anne Peters

Jenseits der Menschenrechte

Die Rechtsstellung des Individuums
im Völkerrecht

Mohr Siebeck

Anne Peters, geboren 1964; Studium der Rechtswissenschaft in Würzburg, Freiburg i.Br., Lausanne und Harvard; 1994 Promotion, 2001 Habilitation Kiel; 2001–2013 Professorin für Völker- und Staatsrecht in Basel; seit 2013 Direktorin am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg.

ISBN 978-3-16-152749-4

ISSN 1861-1893 (Jus Internationale et Europaeum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2014 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Rottenburg/N. aus der Stempel-Garamond gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädle in Nehren gebunden.

Vorwort

Die Thematik dieses Buches treibt mich seit mehr als zehn Jahren um. Meinen Probevortrag in Basel hielt ich zum damals noch nicht vom IGH entschiedenen *Lagrand*-Fall, im Dezember 2000. Meiner Antrittsvorlesung vom November 2002, die von Freunden, Kollegen und Förderern (nicht zuletzt von Jost Delbrück und seiner Frau Gesa) besucht wurde, hatte ich den Titel „Der Aufstieg des Individuums im Völkerrecht“ gegeben. Seitdem habe ich einiges dazu gelernt. Aber nicht nur aus diesem Grund bin ich im Nachhinein froh, dass ich diese Antrittsvorlesung nie veröffentlicht habe. Wichtiger ist, dass sich im Laufe des vergangenen Jahrzehnts die völkerrechtliche Position des Einzelnen massiv weiter verdichtet hat. Durch eine intensive Rechtsprechungs- und Kodifikationstätigkeit wurden immer weitere Individualrechte und Pflichten statuiert bzw. festgestellt. Dieses Phänomen hat nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Bedeutung. Es hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden, der von anderen als Humanisierung des Völkerrechts bezeichnet wurde. Die Grundthese des Buches – der Einzelne ist ein originäres und nicht nur abgeleitetes Völkerrechtssubjekt und der Träger subjektiver internationaler Rechte – soll diesem Humanisierungstopos ein dogmatisches und rechtsempirisches Fundament liefern.

Die §§ 1–3 und 17 nahmen ihren Ausgangspunkt in der Studie „Das subjektive internationale Recht“, die im Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart 59 (2011), 411–456 erschienen ist; die dortigen Überlegungen wurden jedoch stark weiterentwickelt und verändert. Ich danke dem Verlag für die freundliche Erlaubnis zur Weiterverwendung dieser Teile. Kürzere Ausführungen zur Völkerrechtsposition des Einzelnen als wichtigstem Mitglied der internationalen Verfassungsgemeinschaft finden sich in meinem Kapitel 5 des von Jan Klabbers, mir und Geir Ulfstein verfassten *The Constitutionalization of International Law* (Oxford: Oxford University Press 2009 (rev. Aufl. 2011), 157–179). Abschnitte einer Vorversion von § 11 sind in einen Beitrag, die ich zusammen mit meiner Basler Kollegin Sabine Gless verfasst habe (Verwertungsverbot bei Verletzung der Pflicht zur Belehrung nach Art. 36 WÜK?, *Der Strafverteidiger* 31 (2011), 369–377), eingeflossen.

Generationen von Hilfsassistierenden, allen voran Liliane Probst, haben die Literatur und Dokumente für diese Studie beschafft. Für Spezialrecherchen und konstruktive Kritik an meinen Entwürfen danke ich Thore Neumann und

Simone Peter, Ralf Alleweldt, Sigrid Boysen, Tillmann Rudolf Braun, Oliver Dörr, Sabine Gless, Tatjana Hörnle, Markus Krajewski, Christoph Schreuer und Antje von Ungern-Sternberg unterzogen Teile des Manuskripts einer kritischen Prüfung und gaben wertvolle Hinweise. Birgit Bürgy, Henriette Beisel-Welti und Margit Dagli halfen beim Korrekturlesen. Jannika Jahn erstellte das Sach- und Rechtsprechungsregister. Das ebenso intellektuelle wie elegante Ambiente des Wissenschaftskollegs bot die perfekte Heimstatt für die Finalisierung des Buchs. Nur dank der Befreiung von sämtlichen Alltags Sorgen, Lehre und Universitätsverwaltung und nicht zuletzt mit Hilfe des phänomenalen Bibliotheksservices konnte ich dieses Manuskript endlich fertigstellen. Schließlich danke ich den Herausgebern der Schriftenreihe *Jus Internationale et Europaeum*, Thilo Maruhn und Christian Walter, für Aufnahme in ihre Reihe. Die Unterstützung durch meine Basler Mitarbeiterin Claudia Jeker ist so vielfältig und wichtig, dass ein einfaches Dankeschön sie nicht erfassen kann.

Ich widme dieses Buch Heiner, Charlotte und Johannes.

Basel und Berlin im März 2013

Anne Peters

Inhaltsübersicht

| | |
|---|-----|
| Vorwort | V |
| Inhaltsverzeichnis | IX |
| Abkürzungsverzeichnis | XXI |
| § 1 Fragestellung | 1 |
| § 2 Historische Theorie und Praxis des Völkerrechtsstatus des Individuums | 7 |
| § 3 Die Dogmatik der Völkerrechtspersönlichkeit des Menschen | 29 |
| § 4 Völkerrechtliche Individualpflichten | 53 |
| § 5 Die völkerrechtliche Verantwortung des Individuums | 103 |
| § 6 Ansprüche des Individuums aus völkerrechtlicher Verantwortung . | 153 |
| § 7 Individualrechte und -pflichten im Recht des bewaffneten Konflikts | 179 |
| § 8 Schutz gegen Gewaltakte und Naturgewalt | 215 |
| § 9 Der völkerrechtliche Status von Verbrechensoffern | 233 |
| § 10 Individualrechte und -pflichten im Investitionsschutzrecht | 257 |
| § 11 Individualrechte im Konsularrecht | 307 |
| § 12 Individualrechte im diplomatischen Schutz | 343 |
| § 13 Die Rechtsgrundlage der Völkerrechtspersönlichkeit des Individuums – zugleich zur Frage ihrer Staatsunabhängigkeit .. | 361 |
| § 14 Menschenrechte und andere Rechte | 387 |
| § 15 Die individualisierte Durchsetzung von Völkerrecht | 419 |
| § 16 Die unmittelbare Anwendung der Individualrechte und -pflichten begründenden Normen | 441 |
| § 17 Das subjektive internationale Recht | 469 |
| Literaturverzeichnis | 487 |
| Rechtsprechungsregister | 511 |
| Sachregister | 525 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----|
| Vorwort | V |
| Inhaltsübersicht | VII |
| Abkürzungsverzeichnis | XXI |
| | |
| § 1 Fragestellung | 1 |
| | |
| § 2 Historische Theorie und Praxis des Völkerrechtsstatus des Individuums | 7 |
| 1. Ideengeschichte | 7 |
| 1.1. Das Individuum als Adressat des Natur- und Völkerrechts | 7 |
| 1.2. Die Verdrängung des Individuums durch Etatismus und Rechtspositivismus | 8 |
| 1.3. Individualistische Völkerrechtslehren vom 19. Jahrhundert bis nach dem zweiten Weltkrieg | 11 |
| 1.4. Der Völkerrechtsstatus des Individuums in den aktuellen Paradigmen | 16 |
| 2. Historische Rechtspraxis | 20 |
| 2.1. Ab 1900 | 20 |
| 2.2. Nach dem ersten Weltkrieg | 21 |
| 2.3. Das Danzig-Gutachten des StIGH | 23 |
| 2.4. Nach dem zweiten Weltkrieg | 26 |
| 3. Fazit | 27 |
| | |
| § 3 Die Dogmatik der Völkerrechtspersönlichkeit des Menschen | 29 |
| 1. Grundbegriffe: Völkerrechtssubjekt und Völkerrechtsperson | 29 |
| 2. Herkömmliche Einteilung der Völkerrechtssubjekte: Der Staat und alle anderen | 35 |

| | |
|---|----|
| 3. Die Entkopplung materieller und prozessualer völkerrechtlicher Individualrechte | 37 |
| 3.1. Trennung von Individualrecht und Rechtsschutz im nationalen Recht | 38 |
| 3.2. Ist die Trennung von materiellem Recht und prozessualer Durchsetzbarkeit im Völkerrecht zweckmäßig? | 40 |
| 4. Rechtsfähigkeit und Rechtserzeugungsmacht | 43 |
| 4.1. Individuen als bestenfalls „passive“ Völkerrechtssubjekte mangels Rechtserzeugungskompetenzen? | 43 |
| 4.2. Rechtskonstruktive Einwände gegen die Koppelung der Völkerrechtsfähigkeit an die Rechtserzeugungsmacht | 44 |
| 5. Individualismus, Monismus und Dualismus | 46 |
| 6. Fazit | 50 |
| | |
| § 4 Völkerrechtliche Individualpflichten | 53 |
| 1. Problemstellung | 53 |
| 2. Grundkategorien | 55 |
| 3. Teilweise korrespondierende Individualansprüche | 58 |
| 4. Der Normalfall der nur mittelbaren Inpflichtnahme Einzelner durch staatliche Schutzpflichten | 60 |
| 5. Völkerrechtsunmittelbare Individualpflichten als Ausnahmefall | 63 |
| 5.1. Keine Verhinderung durch die <i>Pacta tertiis</i> -Regel | 64 |
| 5.2. Kein Prinzip der legislativen Zuständigkeit | 66 |
| 6. Die Notwendigkeit der Schließung von Regulierungslücken als Grund und Grenze völkerrechtsunmittelbarer Individualpflichten | 68 |
| 7. Weitere Begrenzung von Individualpflichten durch das transnationalisierte Legalitätsprinzip | 70 |
| 7.1. Begriff, Rechtsnatur und Ratio des Legalitätsprinzips | 71 |
| 7.2. Völkerrechtliche Normen sind formal als Rechtsgrundlage geeignet | 73 |
| 7.3. Inhaltliche Anforderungen an die Rechtsgrundlage | 75 |
| 8. Rechtsgrundlagen konkreter Individualpflichten | 76 |
| 8.1. Vertrag | 76 |
| Allgemeine Wahrung des Legalitätsprinzips | 77 |

| | |
|--|---------|
| Konkrete Voraussetzungen: Risiko der Regulierungslücke, Wichtigkeit, Bestimmtheit, Zugänglichkeit und Vorhersehbarkeit | 78 |
| Bestimmung des Adressatenkreises | 80 |
| 8.2. Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze | 81 |
| 8.3. Richterrecht | 82 |
| 8.4. Völkerrechtliches Sekundärrecht | 83 |
| Die Praxis der Sicherheitsratsresolutionen | 84 |
| Echte Individualpflichten qua Resolution? | 87 |
| 9. Individualpflicht zur Beachtung internationaler Menschenrechte? ... | 90 |
| 9.1. Völkerrechtsunmittelbare Bindungen sind unter Wahrung des Legalitätsprinzips möglich und zulässig | 90 |
| 9.2. Aktuelle „weiche“ Regulierung und Rechtsprechung | 92 |
| 9.3. De lege ferenda: Für und wider völkerrechtsunmittelbare Pflichten privater Akteure zur Beachtung internationaler Menschenrechte | 95 |
| 10. Keine völkerrechtlichen „Grundpflichten“ von Individuen | 99 |
| 11. Fazit | 102 |
| § 5 Die völkerrechtliche Verantwortung des Individuums | 103 |
| 1. Grundlagen | 103 |
| 2. Die völkerrechtliche Strafbarkeit des Individuums | 105 |
| 2.1. Historischer Überblick | 105 |
| 2.2. Problemstellung und Perspektiven | 108 |
| 2.3. Völkerrechtsunmittelbare strafrechtliche Verantwortung unabhängig von der Durchsetzungsinstanz | 109 |
| 2.4. Die prinzipielle Eignung des Völkerrechts als Rechtsgrundlage individueller strafrechtlicher Verantwortung ... | 111 |
| 2.5. <i>Nullum crimen sine lege</i> | 114 |
| Problemstellung | 114 |
| Ratio des Prinzips | 115 |
| Rechtsgrundlagen im nationalen und internationalen Recht | 116 |
| Anforderungen in verschiedenen nationalen Rechtsordnungen ... | 117 |
| Geltung auch für internationale Strafgerichte | 118 |
| Formale und inhaltliche Besonderheiten völkerrechtlicher Normen als „lex“ und daraus folgende Notwendigkeit und Zulässigkeit der Modifikation des Prinzips | 119 |

| | |
|---|-----|
| Modifikation auch bei der Anwendung von Völkerstrafrecht durch staatliche Gerichte | 121 |
| Harmonisierung des völkerrechtlichen Strafgebots mit nationalem Recht | 122 |
| 2.6. Die Rechtsgrundlagen konkreter strafrechtlicher Verantwortung . | 124 |
| Völkervertragsrecht | 124 |
| Suppression Conventions | 125 |
| Die Statuten der internationalen Strafgerichte | 128 |
| Grave breaches der Genfer Abkommen | 130 |
| Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze | 133 |
| Zwischenfazit | 136 |
| 3. Die völkerrechtliche nicht-strafrechtliche Verantwortung des Individuums | 137 |
| 3.1. Die Öffnungsklausel des Art. 58 der ILC-Normen zur Staatenverantwortung | 137 |
| 3.2. Mediatisierte oder völkerrechtsunmittelbare Verantwortung von Individuen? Das Beispiel der Nuklear- und Umwelthaftungsabkommen | 139 |
| Der Wortlaut der pflichtenbegründenden Vorschriften | 140 |
| Völkerrechtsunmittelbare Sekundärpflichten der Betreiber? | 142 |
| 3.3. Durchsetzung völkerrechtlicher Individualpflichten mit Hilfe der staatlichen Zivilgerichtsbarkeit | 146 |
| 4. Fazit | 148 |
| | |
| § 6 Ansprüche des Individuums aus völkerrechtlicher Verantwortung | 153 |
| 1. Problemstellung | 153 |
| 2. Recht der internationalen (Staaten-)Verantwortung | 155 |
| 2.1. Die klassische Konstruktion: Staaten als Träger der Sekundärrechtsansprüche | 156 |
| 2.2. Vorgaben der ILC-Artikel zur Staatenverantwortung | 157 |
| 2.3. Modifikationen des Rechts der internationalen Verantwortung und Folgefragen | 159 |
| 3. Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht: Abhilfe und Wiedergutmachung (remedy and reparation) | 161 |
| 3.1. Die Grundprinzipien der Generalversammlung von 2006 | 162 |
| 3.2. Wiedergutmachung durch internationale Gerichte | 163 |

| | |
|--|-----|
| 3.3. Menschenrechtsvertraglich vorgesehene Maßnahmen nationaler Instanzen | 166 |
| Abhilfe (remedy) | 166 |
| Wiedergutmachung (reparation) | 167 |
| Zwischenfazit | 169 |
| 3.4. Völkergewohnheitsrechtliche Pflicht der Staaten zur Abhilfe und Wiedergutmachung gegenüber Einzelnen? | 169 |
| 3.5. Auf dem Weg zu einem völkerrechtsunmittelbaren Anspruch des Individuums auf remedy and reparation, zu gewähren durch nationale Instanzen? | 172 |
| 4. Ratio und Notwendigkeit der Individualrechte aus völkerrechtlicher Verantwortung | 174 |
| 5. Fazit | 177 |
| | |
| § 7 Individualrechte und -pflichten im Recht des bewaffneten Konflikts | 179 |
| 1. Individualrechte auf Primärebene | 179 |
| 1.1. Non-renunciation clauses und savings clauses als Indizien für Individualrechte | 181 |
| 1.2. Entstehungsgeschichte | 183 |
| 1.3. Einwände | 184 |
| 1.4. Zwischenfazit | 185 |
| 2. Sekundäransprüche der Individuen de lege lata | 186 |
| 2.1. Keine allgemeine vertragliche Anspruchsgrundlage | 188 |
| 2.2. Weitere völkerrechtliche und nationale Anspruchsgrundlagen ... | 191 |
| 2.3. Völkergewohnheitsrechtliche Anspruchsgrundlage? Zwischenfazit | 192 |
| 3. Sekundäransprüche der Individuen de lege ferenda | 193 |
| 4. Anspruchsträgerschaft und waiver | 197 |
| 5. Die individuelle Durchsetzung der Sekundäransprüche im Recht des bewaffneten Konflikts | 200 |
| 5.1. Individuelle Durchsetzung auf internationaler Ebene | 200 |
| 5.2. Individuelle Durchsetzung auf nationaler Ebene | 201 |
| 6. Individualpflichten im Recht des bewaffneten Konflikts | 203 |
| 6.1. Grundlagen | 203 |
| Im nicht-internationalen bewaffneten Konflikt | 203 |
| Im internationalen bewaffneten Konflikt | 204 |

| | |
|--|-----|
| 6.2. Völkerrechtspflichten bewaffneter Oppositionsgruppen („Aufständischer“) im nicht-internationalen bewaffneten Konflikt | 205 |
| Pflichten qua Völkerrechtsvertrag | 206 |
| Völkerrechtspflichten qua einseitiger Erklärung | 206 |
| Völkerrechtspflichten direkt aus den Genfer Abkommen? | 207 |
| 6.3. Auf dem Weg zu Individualpflichten in allen Arten von bewaffnetem Konflikt | 210 |
| § 8 Schutz gegen Gewaltakte und Naturgewalt | 215 |
| 1. Problemstellung | 215 |
| 2. Schutzpflichten aus der responsibility to protect (R2P) | 218 |
| 3. Schutzpflichten im Fall von Naturkatastrophen | 221 |
| 4. Würdigung | 226 |
| 4.1. Konzeptionelle Probleme des Schutzregimes | 226 |
| 4.2. Keine extraterritorialen Individualansprüche auf Schutz de lege lata | 228 |
| 5. Fazit | 231 |
| § 9 Der völkerrechtliche Status von Verbrechenopfern | 233 |
| 1. Die Strafverfolgungs- und Bestrafungspflicht | 233 |
| 1.1. Subjektiver Anspruch auf Bestrafung? | 234 |
| 1.2. Allgemeines Völkerrecht und Rechtsprechung der Menschenrechtsschutzinstanzen | 235 |
| IAGMR | 235 |
| EGMR | 236 |
| UN-Menschenrechtsausschuss und sonstige Instanzen | 238 |
| Zwischenfazit | 240 |
| 1.3. Stellungnahme: Nur objektivrechtliche Pflicht zur Untersuchung und Strafverfolgung | 240 |
| 2. Der Rechtsstatus der Opfer in internationalen Strafverfahren | 245 |
| 2.1. Grundanliegen der neuen Opferzentrierung | 245 |
| 2.2. Die Rechtsstellung der Opfer nach dem ICC-Statut | 247 |
| 2.3. Ausgleich mit gegenläufigen Belangen | 250 |
| 2.4. Würdigung | 251 |
| 3. Keine Privatisierung des Strafanspruchs | 252 |

| | |
|---|-----|
| 3.1. Die Verstaatlichung des Strafanspruchs als Merkmal des modernen Strafrechts | 253 |
| 3.2. Der Strafanspruch der internationalen Gemeinschaft | 253 |
| § 10 Individualrechte und -pflichten im Investitionsschutzrecht . | 257 |
| 1. Problemstellung | 257 |
| 2. Das völkerrechtliche prozessuale Recht der Investoren: Befugnis zur Einleitung eines Schiedsverfahrens | 259 |
| 2.1. Notwendigkeit einer Schiedsvereinbarung und Frage ihrer Rechtsnatur | 260 |
| 2.2. Prozessuales Rechtsverhältnis zwischen Gaststaat und Investor und <i>völkerrechtliche</i> Verfahrenseinleitungsbefugnis | 262 |
| 2.3. Ratio des völkerrechtlichen prozessualen Rechts des Investors ... | 265 |
| 3. Materielle Rechte der Investoren aus <i>contract (contract claims)</i> | 267 |
| 3.1. Völkerrechtliche Ansprüche wegen Internationalisierung des <i>contracts</i> ? | 267 |
| 3.2. Klassische Schiedspraxis zur Internationalisierung | 269 |
| 3.3. Internationalisierung durch <i>umbrella clauses</i> ? | 271 |
| 3.4. Fazit | 273 |
| 4. Rechte aus zwischenstaatlichen Investitionsschutzverträgen (<i>treaty claims</i>) | 274 |
| 4.1. Nur staatliche Primäransprüche aus <i>treaty</i> ? | 275 |
| 4.2. Eigene materielle <i>Treaty</i> -Ansprüche der Investoren | 277 |
| ICSID als Gegenentwurf zum diplomatischen Schutz | 278 |
| Weitere Begründung der Möglichkeit vertraglicher Individualrechte | 281 |
| 5. Praktische Konsequenzen der Individualrechte aus <i>treaty</i> | 287 |
| 5.1. Auslegung der BITs | 287 |
| 5.2. Kündigung und Aufhebung eines BIT und Nachwirkklauseln ... | 288 |
| 5.3. Verzicht auf internationalen Rechtsschutz (<i>waiver</i>) | 289 |
| 5.4. Gegenmaßnahmen des Gaststaates | 292 |
| 6. Völkerrechtliche Sekundäransprüche des Investors | 295 |
| 6.1. Sekundäransprüche bei Verletzung des <i>contracts</i> | 298 |
| 6.2. Sekundäransprüche bei Verletzung des zwischenstaatlichen Investitionsschutzabkommens (<i>treaty</i>) | 299 |
| 7. Völkerrechtliche Pflichten der Investoren | 302 |
| 8. Fazit | 304 |

| | |
|---|-----|
| § 11 Individualrechte im Konsularrecht | 307 |
| 1. Das Recht auf Kontakt mit dem Konsul | 308 |
| 2. Rechte inhaftierter Ausländer | 309 |
| 2.1. (Nur) staatliche Rechte? | 310 |
| 2.2. Individualrechte | 311 |
| 2.3. Individualrechte auf Kontakt mit dem Konsul in anderen Verträgen | 314 |
| 3. Qualität der Individualrechte aus Art. 36 WÜK | 315 |
| 3.1. Schutzzweck von Art. 36 WÜK | 315 |
| 3.2. Menschenrechte? | 317 |
| 3.3. Bestandteil des Menschenrechts auf ein faires Strafverfahren | 318 |
| 3.4. Bestandteil von <i>due process</i> im Verwaltungsverfahren | 320 |
| 3.5. Weitere involvierte Menschenrechte: Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung | 320 |
| 3.6. Zwischenfazit | 321 |
| 4. Die Durchsetzung des Individualrechts | 323 |
| 4.1. Internationale Menschenrechtsschutzinstanzen | 323 |
| 4.2. Unmittelbare Anwendung von Art. 36 WÜK durch nationale Gerichte | 323 |
| 4.3. Durchsetzung mit der Verfassungsbeschwerde | 325 |
| 5. Rechtsfolgen der WÜK-Verletzung, insbesondere im Strafverfahren .. | 326 |
| 5.1. Völkerrechtliche Vorgabe: „review and reconsideration“ mit Nachteils- und Kausalitätsprüfung | 327 |
| 5.2. Effektivitätsgebot: Pflicht zur Beseitigung verfahrensmäßiger Hindernisse, insbesondere Präklusionsregeln | 329 |
| 5.3. Aufhebung des Strafurteils (WÜK-Verletzung als Revisions- oder Wiederaufnahmegrund)? | 330 |
| 5.4. Beweisverwertungsverbot? | 332 |
| Völkerrechtliche Vorgabe sowie ihre Umsetzung in einigen Rechtsordnungen | 332 |
| Beweisverwertungsverbot im deutschem Strafprozessrecht | 333 |
| Ablehnung eines Verwertungsverbots durch die Rechtsprechung | 333 |
| Verfassungsrechtliche Pflicht zur Erwägung eines Verwertungsverbot | 336 |
| Auf dem Weg zu einem regelhaften Beweisverwertungsverbot ... | 337 |

| | |
|---|-----|
| 5.5. Kompensation in der Strafvollstreckung und Berücksichtigung im Gnadenverfahren? | 340 |
| 6. Fazit | 341 |
| § 12 Individualrechte im diplomatischen Schutz | 343 |
| 1. Grundlagen und Fragestellung | 343 |
| 2. Rechte gegen den Verletzerstaat: das Ende der Vattel'schen Fiktion ... | 344 |
| 2.1. Die offene <i>lex lata</i> | 344 |
| 2.2. Auf dem Weg zu materiellen Individualrechten | 347 |
| 3. Völkerrechtlicher Anspruch auf diplomatischen Schutz gegen den Heimatstaat? | 350 |
| 3.1. Fehlender spezialvertraglicher Anspruch auf Schutz gegen den Heimatstaat | 351 |
| 3.2. Anspruch aus Völkergewohnheitsrecht oder allgemeinem Rechtsgrundsatz: Nationale Tendenzen zur Einschränkung des staatlichen Spielraums | 351 |
| 3.3. Anspruch auf diplomatischen Schutz aus Menschenrechten? | 355 |
| 3.4. Systematische und rechtspolitische Fundierung eines Individualanspruchs auf diplomatischen Schutz | 356 |
| 4. Fazit | 359 |
| § 13 Die Rechtsgrundlage der Völkerrechtspersönlichkeit des Individuums – zugleich zur Frage ihrer Staatsunabhängigkeit | 361 |
| 1. Staaten als „overlords“? | 361 |
| 2. Staatsunabhängige Völkerrechtspersönlichkeit? | 364 |
| 3. Vertragliche Rechtsgrundlage | 366 |
| 3.1. Implizite Verleihungen der Völkerrechtspersönlichkeit als Normalfall | 366 |
| 3.2. Quasi-Irreversibilität der vertraglichen Rechtsgrundlage durch <i>Roll back</i> -Erschwerung und <i>precommitment</i> | 369 |
| 3.3. Grenzen der Privatrechtsanalogie | 370 |
| 4. Völkergewohnheitsrecht | 371 |
| 5. Allgemeiner Rechtsgrundsatz | 372 |
| 5.1. Die Rechtsfähigkeit des Menschen im nationalen Recht | 373 |
| 5.2. Die Übertragbarkeit auf das Völkerrecht | 376 |

| | |
|--|-----|
| 6. Naturrecht | 379 |
| 7. Menschenrecht | 381 |
| 8. Fazit | 382 |
| | |
| § 14 Menschenrechte und andere Rechte | 387 |
| 1. Zwei Gruppen subjektiv-internationaler Rechte | 387 |
| 2. Möglichkeit der Unterscheidung | 389 |
| 3. Wünschbarkeit der Unterscheidung: Gegen die Banalisierung der Menschenrechte | 393 |
| 4. Konsequenzen der Unterscheidung | 398 |
| 5. Menschenrechtliche Überlagerung und Neuausrichtung eines Regimes am Beispiel des Flüchtlingsrechts | 400 |
| 5.1. Fragestellung | 400 |
| 5.2. Von staatlichen Pflichten zu Rechten des Individuums | 401 |
| 5.3. Flüchtlingsrechte und Menschenrechte | 404 |
| 6. Divergenzen und Spannungen zwischen einfachen Rechten und Menschenrechten am Beispiel des internationalen Arbeitsrechts .. | 407 |
| 6.1. Fragestellung | 407 |
| 6.2. Offenheit der Abkommenstexte | 408 |
| 6.3. „Fundamental rights at work“ | 411 |
| 6.4. „Labour rights as human rights“? | 412 |
| 7. Eine praktische Konzeption der Menschenrechte | 415 |
| | |
| § 15 Die individualisierte Durchsetzung von Völkerrecht | 419 |
| 1. Individuen als Hüter des objektiven Völkerrechts | 419 |
| 2. Adressaten der völkerrechtliche Individualansprüche | 421 |
| 2.1. Staaten und andere Verpflichtete | 421 |
| 2.2. Verpflichtung internationaler Organisationen | 423 |
| 3. Die Durchsetzung völkerrechtlicher Individualansprüche | 425 |
| 3.1. Individualdurchsetzung von Völkerrecht als anerkannte Praxis .. | 425 |
| 3.2. Rechtsschutz gegen Staaten vorrangig durch nationale Instanzen . | 426 |
| Das Recht auf innerstaatliche Abhilfe als Korrelat der <i>local remedies rule</i> | 427 |
| Das Recht auf eine local remedy als Gebot des Subsidiaritätsprinzips | 429 |

| | |
|---|-----|
| Mögliche Qualifikation als subjektives Recht im Sinn des nationalen Rechts | 431 |
| Zwischenfazit | 432 |
| 3.3. Rechtsschutz gegen internationale Organisationen | 434 |
| Europäische Union | 434 |
| Andere internationale Organisationen | 436 |
| 4. Das subjektive internationale Recht als Fundament der entstehenden völkerrechtlichen Rechtsschutzgarantie | 437 |
| § 16 Die unmittelbare Anwendung der Individualrechte und -pflichten begründenden Normen | 441 |
| 1. Problemstellung | 441 |
| 2. Begriffsklärung und Unterscheidungen | 442 |
| 2.1. Grundlagen | 442 |
| 2.2. Die unmittelbare Anwendbarkeit ist (auch) eine Frage des Völkerrechts | 443 |
| 2.3. Unmittelbare Anwendbarkeit, „Geltung“ des Völkerrechts und Monismus/Dualismus | 445 |
| 3. Die unmittelbare Anwendung und der materielle Völkerrechtsstatus des Individuums | 447 |
| 4. Herkömmliche Kriterien der unmittelbaren Anwendbarkeit | 449 |
| 5. Die unmittelbare Anwendbarkeit von Sekundärrecht | 452 |
| 5.1. Sicherheitsratsresolutionen | 452 |
| 5.2. Entscheidungen internationaler Streitbeilegungsinstanzen | 454 |
| Ansatz des Bundesverfassungsgerichts | 454 |
| Ansatz des US Supreme Courts | 455 |
| Ansatz der EU-Gerichte | 456 |
| Zwischenfazit | 457 |
| 6. Die Verweigerung der unmittelbaren Anwendung als Legitimationsmechanismus | 458 |
| 6.1. Justiziabilität (Gewaltenteilung zwischen Gerichten und Gesetzgeber) | 458 |
| 6.2. Politische Spielräume (Gewaltenteilung zwischen Gerichten und Regierung) | 459 |
| 6.3. Demokratie | 462 |
| 7. Die unmittelbare Anwendbarkeit als Normalfall | 463 |
| 8. Fazit | 466 |

| | |
|---|-----|
| § 17 Das subjektive internationale Recht | 469 |
| 1. Das subjektive Recht als Paradigma der Moderne | 470 |
| 2. Demokratisches Völkerrecht? Der weite Weg zum globalen citizen ... | 473 |
| 2.1. Die Beteiligung von Individuen an der Normenerzeugung auf internationaler Ebene | 474 |
| 2.2. Wird hier wirklich Völkerrecht produziert? | 477 |
| 2.3. Rechtserzeugung durch Klagebefugnisse? | 478 |
| 2.4. Zwischenfazit | 479 |
| 3. Beginn der Emanzipation: Der globale Bourgeois | 480 |
| Literaturverzeichnis | 487 |
| Rechtsprechungsregister | 511 |
| Sachregister | 525 |

§ 1 Fragestellung

Ausgangspunkt dieser Studie ist die Beobachtung, dass völkerrechtliche Normen immer häufiger Menschen direkt ansprechen und engagieren. Beispielsweise scheinen aus Auslieferungsverträgen, aus Freundschafts- und Niederlassungsverträgen, aus Doppelbesteuerungsabkommen, aus Verkehrsverträgen, aus Verträgen über das geistige Eigentum, aus Investitionsschutzverträgen, aus Verträgen über die Rechtsstellung von Ausländern und aus dem Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen völkerrechtliche Individualrechte zu fließen. Auf der Pflichten-Seite ist die völkerrechtlich fundierte Strafbarkeit Einzelner durch die Tätigkeit der Ad hoc-Straftribunale und des Internationalen Strafgerichtshofs in den letzten Jahrzehnten mit Inhalt gefüllt worden.¹

Dementsprechend stellen einige zeitgenössische Völkerrechtslehrer eine Umwandlung des internationalen Systems fest. Gegenwärtig bewege sich „die internationale Gemeinschaft (...) fortschreitend von einem souveränitätszentrierten zu einem wertorientierten oder individuumszentrierten System.“² Die Einbeziehung von Individuen in das Völkerrecht sei zum „Grundaxiom“ der Völkerrechtsordnung geworden.³ Es wird ein Paradigmenwechsel „vom Völkerrecht zum Weltrecht“,⁴ vom „internationalen Recht zum neuen globalen Recht“,⁵ zum „neuen *Jus Gentium* der Menschheit“,⁶ zu „Humanity’s Law“⁷

¹ Hierzu § 5.

² *Christian Tomuschat*, International Law: Ensuring the Survival of Mankind on the Eve of a New Century: General Course on Public International Law, *Recueil des Cours* 281 (1999), 11–438 (237; Übersetzung der Verf.).

³ *Oliver Dörr*, Privatisierung des Völkerrechts, *JZ* 60 (2005), 905–916 (905); siehe auch *P. K. Menon*, The Legal Personality of Individuals, *Sri Lanka Journal of International Law* 6 (1994), 127–156 (148).

⁴ *Angelika Emmerich-Fritsche*, Vom Völkerrecht zum Weltrecht (Berlin: Duncker & Humblot 2007).

⁵ *Rafael Domingo*, *The New Global Law* (Cambridge: Cambridge University Press 2010), 123.

⁶ *Antônio Augusto Cançado Trindade*, International Law for Humankind: Towards a New *Jus Gentium*, *Recueil des Cours* 316 (2005), 9–444.

⁷ *Ruti Teitel*, *Humanity’s Law* (Oxford: Oxford University Press 2011). *Ibid.*, 31: „Humanity offers a distinctive subjectivity: the status of the human is a basis for new and diverse claims, on the part of diverse voices that are new to international law and politics.“

proklamiert, eine „Humanisierung des Völkerrechts“ diagnostiziert.⁸ Diese Studie soll die Aussagekraft jener Schlagworte einer Prüfung unterziehen.

Wie ist das Phänomen des Anwachsens völkerrechtlicher Individualrechte und -pflichten juristisch sinnvoll zu beschreiben, zu systematisieren und zu bewerten? Zur Beantwortung dieser Frage zieht diese Studie drei Linien. Sie rekapituliert, erstens, kurz die *Ideengeschichte und Dogmatik* zum völkerrechtlichen Status des Menschen, seiner Völkerrechtspersönlichkeit (Völkerrechtssubjektivität). Diese Völkerrechtspersönlichkeit, hier vorläufig verstanden als die Fähigkeit, internationale Rechte und Pflichten zu haben,⁹ hängt vom ideellen Vorverständnis, der dogmatischen Begrifflichkeit des Beobachters und natürlich vom Stand des positiven Völkerrechts ab. Die historischen Paradigmen, die variierende Terminologie und die Rechtspraxis sollen hier deshalb kurz nachgezeichnet werden (§ 2), um im Anschluss daran (in § 3) einen mir zweckmäßig erscheinenden Begriff der Völkerrechtspersönlichkeit vorzuschlagen.

Die Studie greift dann, zweitens, eine Bemerkung der International Law Commission auf: „Völkerrechtliche Individualrechte können auch *außerhalb des Rechtsrahmens der Menschenrechte* erwachsen“.¹⁰ Dies hielt das deutsche Bundesverfassungsgericht noch vor wenigen Jahrzehnten für ungewöhnlich: „*Außerhalb des Bereichs des menschenrechtlichen Mindeststandards* enthält das gegenwärtige allgemeine Völkerrecht nur selten Normen, durch die subjektive Rechte oder Pflichten der privaten Einzelnen unmittelbar auf der Ebene des Völkerrechts begründet werden; sein Geltungsbereich erfasst im wesentlichen die hoheitlichen internationalen Beziehungen zwischen Staaten und Staatenverbindungen; subjektive Rechte oder Pflichten privater Einzelner werden dabei in aller Regel nur mittelbar über das innerstaatliche Recht begründet oder berührt.“¹¹ Eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Rechtspraxis soll zeigen, in welcher Intensität nicht-menschenrechtliche völkerrechtliche Rechte (und Pflichten) Einzelner – abweichend vom Rechtszustand, den das BVerfG vor fünfunddreißig Jahren annahm – im geltenden Recht tatsächlich existieren. Völkerrechtliche Individualrechte, die nicht Menschenrechte sind, sowie völkerrechtliche Individualpflichten sollen klar identifiziert und benannt werden.¹² Mit der Ausklam-

⁸ *Theodor Meron*, *The Humanization of International Law* (Leiden: Martinus Nijhoff 2006). Siehe auch *Antonio Cassese*, *The Human Dimension of International Law: Selected Papers*, hrsg. von Paola Gaeta/Salvator Zappalà (Oxford: Oxford University Press 2008).

⁹ Siehe zu den Begriffen Völkerrechtsperson/-persönlichkeit und (hier synonym verwendet) Völkerrechtssubjekt/-subjektivität § 3.

¹⁰ ILC Kommentar zu Art. 33 der ILC-Normen, YB ILC (2001) Vol. II, Part 2, S. 94 f. (S. 95, Rn. 3; mit Verweis auf StIGH, *Danzig* und IGH, *LaGrand*; Übersetzung und Hervorhebung der Verf.).

¹¹ BVerfGE 46, 342 ff., 362, Beschluss vom 13. Dezember 1977 – *philippinische Botschaftskonten* (Hervorhebung der Verf.).

¹² Siehe für die parallele, bereits weiter fortgeschrittene Herausbildung europarechtlich geschützter subjektiver Rechte grundlegend *Johannes Sauer*, *Der Einzelne im europäischen*

merung der Menschenrechte soll gezeigt werden, wie reich und differenziert der „jenseitige“ Rechtsstatus ist (§§ 4–12).

Drittens soll, auf der Grundlage eines tragfähigen Konzepts der Völkerrechtspersönlichkeit und des empirischen Befundes der angewachsenen völkerrechtlichen Individualrechte und -pflichten, der zentrale Faktor der Staatsunabhängigkeit des neuen Völkerrechtsstatus des Menschen herausgearbeitet werden. Der Mensch ist primäres Völkerrechtssubjekt geworden. Er hat nicht nur eine Reihe subjektiver internationaler Rechte (im Plural), sondern ihm kommt weitergehend Völkerrechtssubjektivität (Völkerrechtspersönlichkeit) kraft seines Menschseins zu, aufgrund von Völkergewohnheitsrecht, allgemeinen Rechtsgrundsätzen und als Aspekt seines Menschenrechts auf Rechtsfähigkeit (§ 13). Die Herausbildung dieser primären Völkerrechtspersönlichkeit des Menschen soll mit der Einführung des Begriffs des *subjektiven internationalen Rechts* auf den Punkt gebracht werden. Dieses Rechtsinstitut wird in § 17 dogmatisch hergeleitet, theoretisch eingefasst und ethisch gerechtfertigt.

Die genannte Rechtsentwicklung (die Herausbildung „einfacher“ Rechte und Pflichten und des zugrundeliegenden Instituts des subjektiven internationalen Rechts) steht mit den Strukturen und den grundlegenden Wertvorstellungen des Völkerrechts in Einklang. Die Unterscheidung „einfacher“ Rechte und Pflichten des Menschen (im Gegensatz zu den Menschenrechten; hierzu § 14) leistet einen Beitrag zur bisher rudimentären normenhierarchischen Differenzierung des Völkerrechts. Hiermit wird der globale Konstitutionalismus, der eine solche Ausdifferenzierung diagnostiziert hat, um eine weitere Erwägung ergänzt. Unter der Prämisse, dass sich im Völkerrecht gegenwärtig die spezielle Normschicht des internationalen (oder globalen) Verfassungsrechts herausgebildet hat (zu der die Menschenrechte und weitere Fundamentalprinzipien gehören), stünden die „einfachen“ Individualrechte und Pflichten unterhalb der Verfassungsstufe.

Der Begriff des „Individuums“ („individual“, „individu“) ist kein Terminus technicus, der in völkerrechtlichen Verträgen oder sonstigen harten oder weichen Rechtstexten zu finden wäre. Er ist jedoch in der völkerrechtswissenschaftlichen Literatur geläufig. Im deutschsprachigen älteren Schrifttum war daneben oft vom „Einzelnen“ oder „Einzelmenschen“ die Rede. Diese Begriffe werden hier gelegentlich synonym verwendet. Gegenstand dieser Studie ist in allererster Linie der völkerrechtliche Status natürlicher Personen. Vor allem im Kapitel zum Investitionsschutz (§ 10) beziehe ich ferner wirtschaftlich tätige juristische Personen des nationalen Privatrechts (Unternehmen) ein.¹³ Deren

Verwaltungsrecht: Die institutionelle Ausdifferenzierung der Verwaltungsorganisation der Europäischen Union in individueller Perspektive (Tübingen: Mohr Siebeck 2013). Siehe bereits *Stefan Kadelbach*, Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluss (Tübingen: Mohr Siebeck 1996), 410–441.

¹³ In völkerrechtlichen Texten, vor allem in der Anti-Terrorbekämpfung, werden manch-

völkerrechtliche Stellung ist unabhängig von ihrer nationalen Rechtsform: Aus Sicht des Völkerrechts ist unerheblich, ob sie nach nationalem Recht als juristische Person oder als nicht-rechtsfähige Einheit konstituiert sind. Die jeweilige nationalrechtliche Qualifikation eines Kollektivs (als juristische Person oder nicht) spielt für die völkerrechtliche Beurteilung keine Rolle. Ob und wann eine Gruppe von Menschen als Kollektiv eine juristische Zurechnungseinheit bildet, wird von derjenigen Rechtsordnung bestimmt, um deren Rechte und Pflichten es geht. Für die Zwecke der Auferlegung völkerrechtlicher Pflichten bestimmt das Völkerrecht, welche Gruppen juristische Personen des Völkerrechts (und damit Völkerrechtssubjekte) darstellen. Das Völkerrecht regelt also, unter welchen Voraussetzungen neben den Staaten, den internationalen Organisationen und den als Kriegführende anerkannten Aufständischen weitere Kollektive, wie NGOs oder Unternehmen, als solche fähig sind, Träger völkerrechtlicher Rechte und Pflichten zu sein. Es sind, anders gewendet, die Regeln des Völkerrechts, welche solche Kollektive als „juristische Person des Völkerrechts“ konstituieren. Prinzipiell definiert das Völkerrecht „seine“ juristischen Personen also autonom, es könnte dabei auch akzessorisch zum jeweiligen nationalen Recht des Kollektivs vorgehen. Schließlich ist zu bedenken, dass juristische Personen des nationalen Rechts – ähnlich wie natürliche Personen – eine grundsätzlich vom Völkerrecht respektierte Privatautonomie genießen. Im Ergebnis unterscheidet sich beispielsweise ihr investitionsschutzbezogener internationaler Rechtsstatus somit nicht von demjenigen der ökonomisch aktiven natürlichen Personen.

Menschenrechte sind Gegenstand dieser Studie in Abgrenzung zu „einfachen“ internationalen Rechten (§ 14). Ferner werden mögliche Pflichten von politischen, ökonomischen und privaten Akteuren, die Menschenrechte anderer zu respektieren, diskutiert (§ 4). Diese sind eine wichtige Manifestation ihrer völkerrechtlichen Pflichtenstellung, über das Gebot zur Unterlassung internationaler Straftaten hinaus.

Ausgeklammert wird hier der Rechtsstatus ethnisch, sprachlich, kulturell oder politisch definierter Gruppen, die als Kollektiv oder im Zusammenwirken der Mitglieder das völkerrechtliche Selbstbestimmungsrecht oder Minderheitenrechte in Anspruch nehmen. Schließlich werden nicht behandelt die transnational aktiven Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich durch ihre Gemeinwohlorientierung zumindest graduell von privaten Wirtschaftsakteuren unterscheiden. Diese Zielsetzung rechtfertigt möglicherweise (unabhängig von ihrem

mal Individuen von „Einheiten“ unterschieden. Beispielsweise nennt die UN-SR-Res. 1989 (2011) zur Bekämpfung der Al Qaida durchgängig „individuals, groups, undertakings and entities“. Art. 53 Abs. 1 des Genfer Abkommens zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der bewaffneten Kräfte im Felde (I. GA) vom 12. August 1949 nennt „Privatpersonen, (...) öffentliche und private Gesellschaften und Handelsfirmen“. Die verschiedenen Akteure werden in den genannten Texten im Prinzip identischen Rechtsfolgen unterworfen.

formalen Rechtsstatus nach nationalem Recht) die Zuerkennung spezifischer internationaler Rechtspositionen (z.B. Beteiligungsrechte in völkerrechtlichen Rechtserzeugungsprozessen), die natürlichen „Privat“-Personen nicht zukommen. Ihr spezifischer Völkerrechtsstatus ist ein eigenes Thema.

§ 2 Historische Theorie und Praxis des Völkerrechtsstatus des Individuums

1. Ideengeschichte

1.1. Das Individuum als Adressat des Natur- und Völkerrechts

Rechte Einzelner waren in der ab dem 16. Jahrhundert wissenschaftlich bearbeiteten Disziplin des *ius naturae et gentium* präsent. Dieser ging es nicht um Rechtsbeziehungen zwischen unabhängigen Gemeinschaften (Staaten), sondern um die universale Geltung bestimmter Normen für alle Völker und alle Menschen.¹ Weil letztlich alles Recht aus der Natur abgeleitet wurde, war das Völkerrecht nicht deutlich vom nationalen Recht getrennt. Dementsprechend wurden auch die jeweiligen Akteure nicht scharf unterschieden. Damit blieb der Einzelne in die Natur- und Völkerrechtsordnung eingebettet. Noch für William Blackstone waren die Individuen Teilnehmer am völkerrechtlichen Verkehr. Er definierte in seinen erstmals 1753 erschienenen Commentaries das Völkerrecht wie folgt: „The law of nations is a system of rules, deducible by natural reason, and established by universal consent among the civilized inhabitants of the world; in order to decide all disputes, to regulate all ceremonies and civilities, and to insure the observance of justice and good faith in that intercourse which must frequently occur between two or more independent states, *and the individuals belonging to each.*“²

Es ist deshalb kein Zufall, dass der Keim des naturrechtlichen Gedankens, dass der Mensch seines Menschseins wegen rechtsfähig sei, in diesem Kontext gelegt wurde. So argumentierte Francisco de Vitoria in seinen 1557 posthum veröffentlichten Relectiones, dass die Ureinwohner von Amerika in den spanisch bzw. portugiesisch eroberten Gebieten Rechte und Ansprüche sowohl im öffentlichen Recht als auch im Privatrecht hätten, genau wie Christen, weil niemand von Natur aus Sklave sei.³ Dabei hielt de Vitoria die Rechtsbeziehungen

¹ Ulrich Scheuner, Die großen Friedensschlüsse als Grundlage der europäischen Staatenordnung zwischen 1648 und 1815, Nachdruck in: ders., Schriften zum Völkerrecht (hrsg. von Christian Tomuschat (Berlin: Duncker & Humblot 1984)), 352–354.

² William Blackstone, The Commentaries on the Laws of England, Vol. 4 (London: John Murray 1876) (orig. 1753), 55 (Hervorhebung der Verf.).

³ Francisco de Vitoria, Relectiones Theologicae, De Indis (Original 1532, publ. 1557),

zwischen den Spaniern und den Ureinwohnern offenbar für internationale Beziehungen im heutigen Sinne, denn er diskutierte das Recht der Kriegführung und Herrschaftstitel. Vitoria unterschied aber nicht zwischen dem „privaten“ Krieg und dem eines Prinzen oder Herrschers.⁴ Der Staat wurde noch ohne Rekurs auf das Souveränitätsmerkmal definiert.⁵ Hugo Grotius' *De iure belli ac pacis* von 1625 gilt als die erste (in einem rationalisierten Naturrecht fundierte) Konstruktion eines Rechtssystems auf der Basis von subjektiven Rechten anstelle von objektivem Recht.⁶

Die naturrechtliche Tradition erlosch nie ganz. Nach Johann Caspar Bluntschli verband das Völkerrecht „als allgemeines Menschenrecht Christen und Muhammedaner, Brahmanisten und Buddhisten, die Anhänger des Konfutsu und die Verehrer der Gestirne, die Gläubigen und die Ungläubigen.“⁷ Insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg zog die individuumszentrierte Völkerrechtslehre wieder Inspiration aus dem Naturrecht.⁸

1.2. Die Verdrängung des Individuums durch Etatismus und Rechtspositivismus

Ab dem 18. Jahrhundert traten mit der Konsolidierung souveräner Staaten und den begleitenden wissenschaftlichen Konzepten der staatlichen Rechtspersönlichkeit, der staatlichen Grundrechte und -pflichten und nicht zuletzt der Souveränität die Staaten als politische Akteure und Subjekte des Völkerrechts in den Vordergrund. Das Völkerrecht wurde mit dem Aufstieg der rechtspositivistischen Methode allmählich vom Naturrecht abgelöst und parallel dazu klar vom innerstaatlichen Recht unterschieden. Beide Bewegungen führten zu einer Konzentration des Völkerrechts auf die Regelung zwischenstaatlicher Beziehungen und zur weitgehenden Verdrängung des Menschen aus dieser Rechts-

Sec. I, Ziff. 24 (in: *The Classics of International Law*, hrsg. von Ernest Nys (Washington: Carnegie Institution 1917), 128 (engl.) und 232 (lat.)).

⁴ Vgl. *ibid.*, 167–169.

⁵ *Ibid.*, 169. Siehe allgemein *Felix Hafner/Adrian Loretan/Christoph Spenlé*, *Naturrecht und Menschenrecht: Der Beitrag der Spanischen Spätscholastik zur Entwicklung der Menschenrechte*, in: Frank Grunert/Kurt Seemann (Hrsg.), *Die Ordnung der Praxis: Neue Studien zur Spanischen Spätscholastik* (Tübingen: Niemeyer 2001), 123–153.

⁶ Zu Grotius' Begriff von „ius“, § 17 mit Fn. 12. Zu Grotius' naturrechtlichem Ansatz und seiner Bedeutung für das Völkerrecht maßgeblich *Hersch Lauterpacht*, *The Grotian Tradition of International Law*, *BYIL* 23 (1946), 1–53.

⁷ *Johann Caspar Bluntschli*, *Das moderne Völkerrecht der civilisirten Staaten: als Rechtsbuch dargestellt* (3. Aufl. Nördlingen: Verlag der C. H. Beck'schen Buchhandlung 1878), § 6 Abs. 3 (61). Für die naturrechtlich fundierte Völkerrechtssubjektivität des Menschen auch *Pasquale Fiore*, *Le droit international codifié et sa sanction juridique* (3. Aufl. Paris: Pedone 1911; Übersetzung aus dem Italienischen), § 61, 108–110).

⁸ Hierzu unten S. 18 ff. mit Fn. 60 ff.

ordnung.⁹ Der Mensch nahm nur vermittelt über seinen Heimatstaat, in seiner Eigenschaft als Staatsangehöriger, an völkerrechtlichen Beziehungen teil. So behandelte August Wilhelm Heffter in der achten Auflage seines Lehrbuches von 1888 „die internationalen Rechtsverhältnisse der Privatpersonen“,¹⁰ bemerkte aber: „Diese ganze Ausführung über Menschenrechte gehört nicht ins Völkerrecht, sondern in die Politik und Rechtsphilosophie, denn (...) die Individuen nehmen nur als Angehörige von Staaten theil am rechtlich geordneten Verkehr“.¹¹ „Die Staatsangehörigkeit bildet den Durchgangspunkt, den das Individuum erreicht haben muss, um in das Licht völkerrechtlicher Betrachtung zu gelangen.“¹²

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts stand allerdings die etatistische Zuspitzung des Völkerrechts in einem Spannungsverhältnis zur Proliferation des Individualschutzes mittels völkerrechtlicher Verträge. Beispielsweise begann Art. 29 der Brüsseler Generalakte zur Ächtung der Sklaverei von 1890 mit dem Satz: „Ein jeder wider seinen Willen an Bord eines einheimischen Schiffes zurückgehaltener Sklave soll *das Recht* haben, seine Freiheit zu beanspruchen.“¹³ Entgegen dem explizit individualrechtlichen Wortlaut wurden dieses und ähnliche völkerrechtliche Abkommen von der rechtspositivistischen und dualistischen Lehre als rein zwischenstaatliche gegenseitige Verpflichtungen konstruiert, aus denen Einzelpersonen keine internationalen Ansprüche herleiten konnten.¹⁴ Ihr Protagonist Heinrich Triepel führte aus: „Wenn es Völkerrecht giebt, kann es nur für die Verkehrsbeziehungen koordinirter Staaten unter einander gelten. Der Satz (...) entscheidet über die Art der dem Individuum zukommenden Stellung. Diese kann nicht die eines Rechtssubjekts sein. Der Einzelne ist vom Standpunkte einer die Staaten als solche verbindenden Rechtsgemeinschaft unfähig, Träger eigener, von der Rechtsordnung dieser Gemeinschaft ausgehenden Rechte und Pflichten zu sein. Es ist gleichgültig, dass es in grossem Umfange seine Interessen sind, deren Wahrung völkerrechtliche Sätze im Auge haben.“

⁹ Siehe nur *Albert Zorn*, Grundzüge des Völkerrechts (2. Aufl. Leipzig: Verlagsbuchhandlung von J. J. Weber 1903), 3: „Träger völkerrechtlicher Beziehungen sind also niemals Privatpersonen, sondern ausschließlich Staaten (...)“ Siehe auch *ibid.*, 26 ff.

¹⁰ *August Wilhelm Heffter*, Das europäische Völkerrecht der Gegenwart auf den bisherigen Grundlagen (8. Aufl. Berlin: Verlag von H. E. Müller 1888), 130 ff. (Titel des ersten Buches, erster Abschnitt, dritte Abteilung).

¹¹ *Ibid.*, 132 Fn. 1.

¹² *Felix Stoerk*, Staatsunterthanen und Fremde, in: Franz von Holtzendorff (Hrsg.), *Handbuch des Völkerrechts auf Grundlage Europäischer Staatspraxis*, Bd. 2: *Die völkerrechtliche Verfassung und Grundordnung der auswärtigen Staatsbeziehungen* (Hamburg: Verlag von J. F. Richter 1887), 583–655 (589).

¹³ Brüsseler Generalakte zur Ächtung der Sklaverei vom 2. Juli 1890, AJIL 3 (1909), Supplement S. 29 auf S. 41 (Übersetzung und Hervorhebung der Verf.).

¹⁴ Zu den Sklavereiabkommen *Emanuel Ullmann*, Völkerrecht (2. Aufl. Tübingen: J. C. B. Mohr (P. Siebeck) 1908), § 133 (402–406).

(...) Staatenvereinbarungen zugunsten afrikanischer Neger erheben die Schwarzen, deren Wohl sie befördern sollen, nicht zu Persönlichkeiten der Rechtsgemeinschaft, deren Satzungen auf sie Bezug nehmen. So kann das Individuum eines (...) Völkerrechts nur als *Gegenstand* völkerrechtlicher Rechte und Pflichten gedacht werden.“¹⁵ Nach dieser heute sogenannten Objektlehre berechnete und verpflichtete also das Völkerrecht, insbesondere das Vertragsrecht, nur die Vertragsparteien, somit die Staaten.¹⁶ Der Einzelperson wurde in völkerrechtlichen Verträgen kein Recht eingeräumt, sondern sie genoss nur einen Rechtsreflex. Sie war Begünstigter, aber nicht Rechtsträger, nicht Subjekt, sondern Objekt des Völkerrechts.

Die Objektlehre basierte auf der strikt rechtspositivistischen Methode,¹⁷ die einen notwendigen Zusammenhang zwischen Recht und Moral verneinte.¹⁸ Dementsprechend sollte das Völkerrecht von der Politik, der Courtoisie, dem römischen und kanonischen Recht und der Theologie geschieden und die (Völker-)Rechtswissenschaft von allen politischen, philosophischen, „dialektischen“ und „metaphysischen“ Spekulationen gereinigt werden.¹⁹ Die positivistische Objektlehre war damit eine Reaktion auf die unscharfe naturrechtliche, also vermeintlich spekulative, utopische und unjuristische Mitbehandlung des Individuums durch das vorausgegangene Natur- und Völkerrecht. Im Rechtspositivismus wurde eine eventuelle Rechtsfähigkeit des Einzelnen folglich als bloßes

¹⁵ Heinrich Triepel, *Völkerrecht und Landesrecht* (Leipzig: Verlag von C. L. Hirschfeld 1899), 20 f.; siehe auch *ibid.*, 13–18, 259–262 (Hervorhebung der Verf.).

¹⁶ Grundlegend Paul Heilborn, *Das System des Völkerrechts aus den völkerrechtlichen Begriffen* (Berlin: Springer 1896), 58–138 (insb. 68, 70–73, 79 f., 82 f., 110) sowie 372, 374, 382, 417. Umfassende kritische Darstellung der Objektlehre bei George Manner, *The Object Theory of the Individual in International Law*, *AJIL* 46 (1952), 428–449.

¹⁷ Vgl. kritisch Antônio Augusto Cançado Trindade: „The old monopoly of the State of the condition of being subject of rights is no longer sustainable, nor are the *excesses of a degenerated legal positivism*, which excluded from the international legal order the final addressee of juridical norms: the human being. The need is acknowledged nowadays to restore to this latter the central position – as subject of domestic as well as international law – from where he was unduly replaced, with disastrous consequences, evidenced in the successive atrocities committed against him in the last decades. All this occurred with the indulgence of *legal positivism, in its typical subservience to State authoritarianism.*“ Inter-American Court of Human Rights, 1. Oktober 1999, Advisory Opinion OC-16/99, Concurring Opinion, Rn. 12 (Hervorhebungen der Verf.).

¹⁸ Auch das Völkerrecht wurde immanent, ohne Rekurs auf rechtsexterne Werte definiert: Als Völkerrechtsnormen galten nur, aber auch alle Texte, die in bestimmten Verfahren erzeugt wurden, unabhängig von ihrem Inhalt. Über das auf diese Weise gesetzte (positive) Völkerrecht hinaus wurde kein Recht anerkannt. Vgl. den Begründer der Objektlehre, Heilborn, *System des Völkerrechts* 1896, 370: „Das Völkerrecht ist der Inbegriff der von den Staaten als Regel ihres Zusammenlebens anerkannten Rechtsnormen.“

¹⁹ Zorn, *Grundzüge des Völkerrechts* 1903, 10: „Zu den juristischen Quellen des Völkerrechts gehören somit nicht Naturrecht und Rechts- oder Moralphilosophie, Politik und Ergebnisse geschichtlicher Entwicklung.“

Produkt des gesetzten Rechts angesehen. Die staatliche Rechtsordnung war die Instanz, welche die Qualität als Rechtsperson verlieh. In Ermangelung völkerrechtlicher Verträge, die dem Individuum echte Rechte einräumten, konnte der Einzelne kein Völkerrechtssubjekt sein. Franz von Liszt brachte dies auf den Punkt, öffnete jedoch gleichzeitig eine alternative Perspektive: „Das Völkerrecht berechtigt und verpflichtet nur die Staaten selbst, nicht die Staatsangehörigen. Zwischen diesen und der Staatengemeinschaft steht ihre nationale Staatsgewalt. (...) Dabei darf aber eines nicht übersehen werden; in den Verordnungen der ‚Internationalen Kommissionen‘ (...) haben wir die ersten Ansätze zu einem, die Staatsbürger der verschiedenen Staaten unmittelbar bindenden, internationalen Recht. Aber gerade diese schüchternen Anfänge lassen den noch heute geltenden Regelsatz um so schärfer hervortreten.“²⁰ Der „Regelsatz“, dass der Einzelne kein Völkerrechtssubjekt sei, wurde in führenden Lehrbüchern bis nach dem zweiten Weltkrieg vertreten,²¹ war jedoch nie unangefochten, wie gleich zu zeigen ist.

1.3. Individualistische Völkerrechtslehren vom 19. Jahrhundert bis nach dem zweiten Weltkrieg

Schon 1860 monierte Robert von Mohl die Souveränitätsfixiertheit der Völkerrechtswissenschaft und hielt eine (wissenschaftliche) „Förderung“ der Staaten nur „als letztes Mittel zu Erreichung der menschlichen Lebenszwecke“ für legitim.²² „Es müssen die Rechtssätze aufgefunden werden, welche die Verbindung der Menschen in ihrer höchsten Potenz, nämlich über das Leben des einzelnen Staates hinaus, und zwar zur Erreichung ihrer Lebenszwecke zu regeln haben.

²⁰ Franz von Liszt, *Das Völkerrecht systematisch dargestellt* (4. Aufl. Berlin: Verlag von O. Häring 1906), 41 mit Fn. 2.

²¹ Siehe, beispielhaft, gegen die Völkerrechtssubjektstellung des Individuums nur *Lassa Francis Lawrence Oppenheim*, *International Law: A Treatise*, Vol. I (London: Longmans Green 1905), § 1 (3), § 14 (19 f.); *Rolf Knubben*, *Die Subjekte des Völkerrechts* (Stuttgart: Kohlhammer 1928), 487 ff.; *Dionisio Anzilotti*, *Lehrbuch des Völkerrechts*, Bd. 1 (Berlin: De Gruyter 1929), 96–99; *Karl Strupp*, *Grundzüge des positiven Völkerrechts* (5. Aufl. Bonn: Röhrscheid 1932), 1 ff., 32 ff., 95 ff., 102 ff.; *Georg Schwarzenberger*, *A Manual of International Law* (London: Stevens 1947), 35, 53 f. Zahlreiche weitere Nachweise bei *Manner*, *Object Theory* 1952, 429 Fn. 2.

²² Nach Mohl wurde fehlerhafterweise „der ganze Gegenstand gewöhnlich lediglich nur vom Standpunkte der Souveränität der Staaten aus aufgefasst (...). Bei dieser Auffassung ist denn natürlich die Bemühung dahin gerichtet, so wenig als möglich von der Selbstständigkeit aufzugeben; während doch die richtige Auffassung vielmehr die ist, nach gesicherter Selbstständigkeit, (welche allerdings als die Grundlage jedes Gedeihens vorangehen muss,) die Gemeinschaft unter den größten organischen Menschenverbindungen, Staaten genannt, möglichst zu fördern als letztes Mittel zur Erreichung der menschlichen Lebenszwecke. Es bricht also die übliche Behandlung des Völkerrechts gerade in der Mitte ab“ (*Robert von Mohl*, *Staatsrecht, Völkerrecht und Politik*, Vol. 1 (Tübingen: Laupp & Siebeck 1860), 585).

(...) Einmal sind die sämtlichen *Subjekte einer internationalen Verbindung* zu beachten; nämlich nicht bloß die Staaten selbst, sondern auch die gesellschaftlichen Kreise und *die einzelnen Individuen*.²³ Andere zeitgenössische Autoren zeigten Pflichten der Individuen auf, die aus den Rechtsakten der frühen internationalen Organisationen (internationale Flusskommissionen) sowie aus dem Völkergewohnheitsrecht (Recht der Piraterie, der Blockade und des Schmuggels) flossen. 1899 schloss Wilhelm Kaufmann aus der Existenz von Vergehen gegen das Völkerrecht (Seeräuberei, Sklaventransporte etc.) auf unmittelbare völkerrechtliche Rechtspflichten von Individuen.²⁴ Kraft Staatsvertrag oder sonst internationalem Recht könnten – so Kaufmann – „unmittelbar selbständige internationalrechtliche Pflichten von Staatsunterthanen begründet werden“.²⁵ Dabei seien „diese internationalrechtlich geregelten und bestimmten *subjektiven Rechte und Rechtspflichten* theils sog. private, theils sog. öffentliche Rechte und Pflichten.“²⁶ Diese begründete Kaufmann nicht naturrechtlich, sondern voluntaristisch: Die Geltung des Völkerrechts beruhe auf der „gemeinsame[n] Willensthat“ infolge der Willenseinigung. Das Völkerrecht gelte somit „für den einzelnen Staat *und eventuell für das Individuum* und das Staatsorgan, weil sie einbefaßt sind in der internationalen Völkergemeinschaft.“²⁷ „Auf die durch den Staatsvertrag herbeigeführte Errichtung neuer objektiver Rechtsnormen – eines *ius supra partes* – ist es vielmehr zurückzuführen, daß diese subjektiven Rechte und Pflichten entstehen oder entstehen können.“²⁸

1901 zeigte Albert de Lapradelle in einer Erörterung der „chinesischen Frage“ die globale „interdependance“ der Staaten auf und postulierte eine (moralische oder völkerrechtliche) zwischenstaatliche Kooperationspflicht. Seine Forderung nach einem Vorrang des Schutzes (internationaler) Menschenrechte vor der staatlichen Souveränität begründete er *demokratisch*: „Ce n'est pas dans le respect des souverainetés, mais dans la défense contre elles des droits de l'homme, que le droit international puise son principe et trouve sa fin. *Le nouveau droit public, qui a placé la volonté des hommes à la base des gouvernements, requiert un nouveau droit des gens qui place dans la protection de l'humanité le programme et le but du droit international.*“ Eher spekulativ als auf der Basis des 1901 geltenden Rechts erblickte de Lapradelle den Menschen als Geltungsgrund und Finalität eines „neuen“ Völkerrechts: „Ainsi s'est trouvé substitué au vieux

²³ *Ibid.*, 586 (Hervorhebung der Verf.). Siehe auch *ibid.*, 599 sowie 626–636 (zur „Förderung der Zwecke Einzelner“ durch das Völkerrecht).

²⁴ *Wilhelm Kaufmann*, Die Rechtskraft des internationalen Rechtes und das Verhältnis der Staatengesetzgebung und der Staatsorgane zu derselben (Stuttgart: F. Enke 1899), 27.

²⁵ *Ibid.*, 25.

²⁶ *Ibid.*, 3 (Hervorhebung der Verf.).

²⁷ *Ibid.*, 77 (Hervorhebung der Verf.).

²⁸ *Ibid.*, 30.

droit des gens, qui ne voyait pas plus loin que les états souverains, un nouveau droit des gens, qui au-dessus des États voit l'homme.“²⁹

Nach Hermann Rehm waren Individuen „Untertanen“, nicht aber „Mitglieder“ der Völkerrechtsgemeinschaft. Sie waren „Völkerrechtssubjekte“, besaßen aber nicht dieselbe Rechtsstellung wie Staaten, waren also Subjekte zweiter Klasse. Rehm stützte seine Argumentation auf die seinerzeit anerkannten verschiedenen Kategorien von Staaten, und schloss aus der Tatsache, dass die Individualpflichten für Individuen aus den diversen Staatskategorien identisch waren, auf ihre Völkerrechtsunmittelbarkeit. Der Rechtsstatus der Einzelnen zeige sich daran, dass ihnen die völkerrechtliche Pflicht oblag, keine Blockade zu brechen und keine Kriegskonterbande zuzuführen. Diese Pflichten waren, so Rehm, logischerweise völkerrechtsunmittelbar, weil sie auch den Angehörigen neutraler Staaten oblagen (die ihrerseits nicht an die Blockade gebunden waren). Des Weiteren sei die Pflicht, keine Piraterie zu begehen, nicht staatsvermittelt, weil sie auch den Angehörigen „zivilisierter Staaten“ oblag.³⁰

Nach Verabschiedung des nie in Kraft getretenen Haager Abkommens von 1907 über den internationalen Prisenhof bejahte unter anderem Walther Schücking eine partielle Völkerrechtssubjektivität des Individuums aufgrund der dort neu eingeräumten individuellen Klagebefugnis Einzelner. Schücking wies darauf hin, dass es völkerrechtliche Pflichten für Einzelpersonen „schon immer“ gegeben habe und Rechte in Ausnahmefällen ebenfalls.³¹ John Westlake befand: „The society of states (...) is the most comprehensive form of society among men, but it is among men that it exists. States are its immediate, men are its *ultimate members*. The duties and rights of States are only the duties and rights of men who compose them.“³²

Nach dem ersten Weltkrieg und in Reaktion auf grassierenden Nationalismus nahmen individualistische Sichtweisen einen erheblichen Aufschwung. Ab den 1920er Jahren formierte sich eine soziologische Schule. Sie basierte auf einer radikalen französischen Verfassungstheorie, die gegen die Vorstellung des Staates als souveräner Kollektivpersönlichkeit mit eigenem „Staatswillen“ opponierte und den Staat stattdessen allein auf die „soziale Realität“, das heißt auf die Individuen in Wahrnehmung der staatlichen Funktionen, zurück-

²⁹ Albert Geouffre de Lapradelle, *La Question Chinoise*, RGDIP 8 (1901), 272–340, 339 (Hervorhebungen der Verf.).

³⁰ Hermann Rehm, *Untertanen als Subjekte völkerrechtlicher Pflichten*, *Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht* 1 (1906), 53–55.

³¹ Walther Schücking, *Der Staatenverband der Haager Konferenzen* (München und Leipzig: Duncker & Humblot 1912), 141–148.

³² John Westlake, Chapter VI: *The Principles of International Law*, in: Lassa Oppenheim (Hrsg.), *The Collected Papers of John Westlake on Public International Law* (Cambridge: Cambridge University Press 1914), 78–85, 78 (Hervorhebung der Verf.).

führte.³³ Diese individualistische Konzeption wurde von Georges Scelle auf das Völkerrecht übertragen. Er argumentierte, dass juristische Beziehungen soziale Beziehungen seien. Soziale Beziehungen können nur zwischen Individuen bestehen. Folglich basiere auch die „sociabilité internationale“ auf interindividuellen Beziehungen. Die internationale Rechtsordnung determiniere alles nationale Recht, das völkerrechtskonform ausgestaltet sein müsse. Deshalb sei jedes Individuum auch unmittelbar dem internationalen Recht unterworfen. Es handele lediglich in verschiedenen Rollen:³⁴ „Une société internationale, comme une société étatique, est une société d’individus, et rien que d’individus.“³⁵ „Les individus seuls sont sujets de droit en droit international public.“³⁶ Ähnlich auch Louis Le Fur: „La personnalité juridique doit être *la simple traduction juridique de la personnalité réelle*, qu’elle doit être reconnue à tout individu.“³⁷

Zum selben Ergebnis, wenn auch mit anderer Begründung, kam Hans Kelsen: „L’idée qu’il y aurait entre l’État et les individus, et par suite d’État à État, des rapports qui ne seraient pas des rapports entre individus est une simple illusion, qui ne s’explique que par l’inadmissible hypostase de l’État en un surhomme.“³⁸ Nach Nicolas Politis befand sich seit dem Großen Krieg das Völkerrecht in einer Umbruchphase vom inter-nationalen Recht der Staaten zu einem genuin universellen Recht der Menschen. Weil die Staaten lediglich Fiktionen seien und aus Menschen bestünden und alles Recht letztlich dem Menschen dienen solle, habe das Völkerrecht als soziales Produkt keine andere Struktur als das nationale Recht.³⁹ Maurice Bourquin diagnostizierte „une poussée, chaque jour plus visible, en faveur de ce qu’on pourrait appeler l’émancipation internationale de

³³ *Léon Duguit*, *Traité de droit constitutionnel* (2. Aufl. Paris: E. de Boccard 1921), Vol. I, § 38 (324–335), zur Völkerrechtssubjektivität in § 62 (560–565); Vol. II, 1923, passim, z.B. 2, 404, 417, 428 f. Duguit sprach sich allerdings Zeit seines Lebens gegen die Möglichkeit subjektiver Rechte (im Gegensatz zum nur-objektiven Recht) aus.

³⁴ *Georges Scelle*, *Règles générales du droit de la paix*, *Recueil des Cours* 46 (1933/IV), 327–703, 342 f.; *id.*, *Droit international public* (Paris: Les Ed. Domat-Montchrestien 1944), 410 f.; *id.*, *Some Reflections on Juridical Personality in International Law*, in: George A. Lipsky (Hrsg.), *Law and Politics in the World Community* (Berkeley u.a.: University of California Press 1953), 49–58.

³⁵ *Scelle*, *Règles générales* 1933, 343.

³⁶ *Georges Scelle*, *Précis de droit des gens: Principes et systématique*, Vol. I, *Introduction, le milieu intersocial* (Paris: Sirey 1932), 42: „Les individus seuls sont sujets de droit en droit international public.“

³⁷ *Louis Le Fur*, *La Théorie du Droit Naturel Depuis le XVII^e Siècle et la Doctrine Moderne*, *Recueil des Cours* 19 (1927/III), 259–442 (404), (Hervorhebung der Verf.).

³⁸ *Hans Kelsen*, *Les Rapports de Système entre le Droit Interne et le Droit International Public*, *Recueil des Cours* 14 (1926/IV), 231–329 (281).

³⁹ *Nicolas Politis*, *Les nouvelles tendances du droit international* (Paris: Hachette 1927), 55–93, insb. 76 f.

l'individu.“⁴⁰ Auch James Brierly lehrte „en dernière analyse, seuls les individus sont susceptibles d'être sujets de ce droit-là“ (d.h. des Völkerrechts).⁴¹

Die Autoren dieser Ära rekurrierten auf unterschiedliche theoretische Begründungen: Während bei Kelsen die Rechtsstellung des Einzelnen als normlogische Abstraktion erschien, verwies Scelle auf das soziobiologische Bewusstsein menschlicher Solidarität. Bei allen diesen Ansätzen handelte es sich „um den Versuch, die Zwischenkriegsordnung über das Rechtsmedium vor den zerstörerischen Kräften des europäischen Nationalismus zu bewahren.“⁴² Im Schrifttum lag also ein *overlapping consensus* im Sinne einer Völkerrechtssubjektivität des Menschen vor.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass ein *internationaler Individualismus* insbesondere von Völkerrechtsgelehrten der Zwischenkriegszeit vertreten wurde. Dieser war nicht nur eine Reaktion auf die Gräueltaten des ersten Weltkrieges. Er war auch maßgeblich von demokratischem Gedankengut und von der Furcht vor der Massengesellschaft getragen. Die individualistisch ausgerichteten Völkerrechtler der 1920er und '30er Jahre spürten den Aufstieg des Totalitarismus und versuchten, das Individuum mit Hilfe des internationalen Rechts davor zu schützen.⁴³ Obwohl diese geistige Strömung auf einer politischen Ebene zunächst erfolglos schien, wie der baldige Ausbruch des zweiten Weltkrieges zeigte, legte sie den Nährboden für die spätere allgemeine Anerkennung und Kodifikation internationaler Menschenrechte.

Aus der Katastrophe des zweiten Weltkrieges heraus erwuchs der zweite Pfeiler der Rejustierung und Zentrierung des internationalen Systems auf das Individuum hin, in Gestalt der Nürnberger Prozesse von 1946. Diese Kriegsverbrecherprozesse postulierten die Verantwortung und Strafbarkeit von Menschen kraft Völkerrecht und entzogen den Tätern das Schutzschild des Staates, hinter dem sie sich zu verschanzen suchten (hierzu § 5).

Die Pluralität der Begründungen der Völkerrechtspersönlichkeit des Einzelnen setzte sich nach dem zweiten Weltkrieg fort. So stellte Philip C. Jessup noch im Bann des Krieges und der atomaren Bedrohung ein Gedankenexperiment an, auf der Basis einer „assumption that progress must and can be made in the social sciences to come abreast of the new advances in the physical sciences.“ Zu den „keystones of a revised international legal order“ (seiner Modellordnung)

⁴⁰ *Maurice Bourquin*, Règles Générales du Droit de la Paix, Recueil des Cours 35 (1931/I), 5–229 (46).

⁴¹ *James Leslie Brierly*, Règles Générales du Droit de la Paix, Recueil des Cours 58 (1936/IV), 5–237 (47)).

⁴² *Jochen von Bernstorff*, Der Glaube an das universale Recht: Zur Völkerrechtstheorie Hans Kelsens und seiner Schüler (Baden-Baden: Nomos 2001), 131.

⁴³ *Janne Elisabeth Nijman*, The Concept of International Legal Personality: An Inquiry into the History and Theory of International Law (Den Haag: TMC Asser Press 2004), 87, 126–127, 130, 147–48, 171, 187, 225 und passim.

zählte er „the point that international law, like national law, must be directly applicable to the individual“. Seine Methode war hypothetisch: „take as a *hypothesis* the general acceptance of the thesis that international law does apply directly to the individual, that it does bind him as well as states directly and in the light of that hypothesis re-examine the existing law as it has developed through the centuries to see what changes, what modifications would need to be made to fit the law to the new basis.“⁴⁴

Naturrechtlich argumentierte demgegenüber der wissenschaftliche Wegbereiter der Nürnberger Prozesse und der Menschenrechtskodifikationen, Hersch Lauterpacht. Nach Lauterpacht ist „in Bezug sowohl auf Rechte als auch Pflichten das Individuum das letzte Subjekt allen Rechts“,⁴⁵ „die letztmaßgebliche Einheit der internationalen Gemeinschaft“.⁴⁶ Die Notwendigkeit der Subjektstellung des Einzelnen begründete Lauterpacht mit der Verhinderung einer allgemeinen Verantwortungslosigkeit durch die Errichtung eines staatlichen Schutzschilds. Nur so könnten den allgemeinen ethischen Standards unter zivilisierten Gemeinschaften Wirksamkeit verschafft werden.⁴⁷

1.4. Der Völkerrechtsstatus des Individuums in den aktuellen Paradigmen

Seit den 1950er und 1960er Jahren geht die soziologische „*policy-oriented*“ Jurisprudenz (*Schule von New Haven*) von der Prämisse aus, dass Recht und Politik nicht scharf getrennt werden können. Ihre Vertreter definieren das Völkerrecht als einen spezifischen Entscheidungsprozess bzw. als einen Kommunikationsfluss mit politischem Inhalt und Kontrollabsicht.⁴⁸ In diesem Modell wird die Dichotomie von „Subjekten“ und „Objekten“ abgelehnt. Es gibt lediglich „Teilnehmer“. Individuen sind in dieser Perspektive „participants in the world power process“, ebenso wie Staaten und internationale Institutionen.⁴⁹

⁴⁴ Philip C. Jessup, *A Modern Law of Nations* (New York: Macmillan 1950), 2 und 10 (Hervorhebung der Verf.), siehe ferner 9 und 17.

⁴⁵ Hersch Lauterpacht, *International Law and Human Rights* (London: Stevens 1950), 69 (Übersetzung der Verf.).

⁴⁶ Lauterpacht, *Grotian Tradition* 1946, 1–53 (Übersetzung der Verf.).

⁴⁷ Hersch Lauterpacht, Chapter 5, *The Subjects of International Law*, in: Elihu Lauterpacht (Hrsg.), *International Law: Being the Collected Papers of Hersch Lauterpacht (1970–1978)*, Vol. I: *The General Works* (Cambridge: Cambridge University Press 1970), 279–307 (280 f.).

⁴⁸ Siegfried Wiessner/Andrew Willard, *Policy-Oriented Jurisprudence*, *GYIL* 44 (2001), 96–112 (101 f.).

⁴⁹ Myres McDougal, *International Law, Power, and Policy: A Contemporary Conception*, *Recueil des Cours* 82 (1953/I), 133–260 (173 f.); Rosalyn Higgins, *Problems and Process: International Law and How We Use It* (Oxford: Clarendon 1995), 50.

Sachregister

- Aarhuskonvention 1998, Rechtstrias
S. 397, 419, 426
- Abhilfe
- Begriff/Grundprinzipien S. 161–163
 - innerstaatliche
 - menschenrechtsvertragliche
Grundlage S. 93, 166–169, 195, 234,
236–237, 241–242
 - völkergewohnheitsrechtliche
Grundlage S. 169–172
 - WÜK-Grundlage S. 327–333, 336,
342
 - internationale S. 163–165
 - Schiedsgerichtsbarkeit S. 295–297, 300
 - unionsrechtlicher Individualanspruch
S. 173
 - völkerrechtliche Pflicht zur
Bereitstellung von Abhilfe S. 427–429
 - völkerrechtlicher Individualanspruch
(s. subjektives Recht)
 - zivilrechtliche S. 203
- Accountability (Rechenschaftspflicht)
S. 116, 423–425, 436–437, 479
- Acte de gouvernement S. 353
- Ad hoc Schiedsgerichte S. 260, 302
- Ad hoc Straftribunale S. 105, 129–136,
246
- Administrativpflichten (s. ferner
nicht-strafrechtliche Pflichten) S. 104
- EU Wettbewerbsrecht S. 104
- Administrativsanktion („simply ‚inter-
national“
- Sekundärrechtspflichten) S. 104
- Äquatorprinzipien S. 475–476
- Afrikanische Menschenrechtscharta S. 99,
239, 349
- Afrikanische Union S. 136
- Alien Tort Claims Act (ATCA) S. 146,
426
- Allgemeine Menschenrechtserklärung
S. 99, 382, 405–406, 413
- Anwendbarkeit, unmittelbare (self-
executingness) S. 201–203, 211, 324,
441–469
- Begriff S. 442–447
 - völkerrechtliche Vermutung für die
unmittelbare
- Anwendbarkeit S. 464
- Apartheid S. 133, 243
- Arbitration without privity S. 302–304
- Argentinischer Staatsnotstand S. 296,
299
- Aufenthaltsrecht S. 402–404
- Aufenthaltsstaat S. 217, 307, 311–312, 316,
320–322, 343, 349, 355, 358
- Aufhebung
- eines BITs S. 288–289
 - eines nationalen Urteils S. 167
 - eines Strafurteils S. 330–332, 342,
369
- Aufklärung S. 115, 373
- Aufständische (bewaffnete
Oppositionsgruppen) S. 204–207, 476
- Ausländer, Rechte inhaftierter S. S. 307,
309–316, 318–321, 327–328, 335, 337,
392, 432
- Auslandsinvestition, sui generis
Rechtsfolgenregime S. 160
- Auslegung
- autonome S. 4
 - dynamische S. 79, 91, 178, 194, 196,
198, 203, 368, 381–382, 391, 412, 417
 - effet utile (s. auch Effektivitätsprinzip)
S. 202
 - EU-grundrechtskonforme S. 435
 - in dubio mitius S. 288
 - menschenrechtskonforme S. 368, 388
 - menschenrechtsorientierte S. 288

- völkerrechtskonforme S. 14, 69, 72, 122–123, 329, 331, 442,
- WÜK-konforme S. 321
- Auslegungserklärungen, belastend S. 286–287
- Autonomie, Prinzip der S. 176, 376, 417, 420, 484
- Avena-Urteil S. 318–319, 324, 327, 329–330, 332, 335, 336, 455
- Begrenzte Einzelermächtigung, Prinzip der S. 35
- Belehrungspflicht S. 325, 331, 334, 337,
 - § 114b StPO S. 331
- Berücksichtigungspflicht (*Görgülü*-Urteil) S. 325, 336, 339, 424, 431–432, 454
 - Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit S. 325, 431
 - Harmonisierung von nationalem Recht mit Völkerrecht S. 122–124
 - normative Leitfunktion (Urteile) S. 325, 454
 - Orientierungswirkung (Urteile) S. 325, 454
 - verfassungsunmittelbare Pflicht S. 325, 431, 454
- Bestimmtheit S. 26, 75–76, 78, 80, 92, 122–123, 212, 450, 457, 467
- Bestrafung, Individualanspruch auf S. 173, 234–240
- Bestrafungspflicht S. 59, 127, 136–137, 203, 233–234, 240–245
 - EGMR S. 236–238
 - IAGMR S. 235–236
 - UN-Menschenrechtsausschuss S. 238–240
- Beteiligung und Anhörung, (weiche) rechtliche Erfordernisse der S. 424, 476
- Bewaffneter Konflikt S. 54, 56, 81, 87–89, 97, 105, 130, 135, 161, 175, 177, 178, 179–213, 214–216, 227, 231–232, 254, 289, 398, 401, 427, 433, 476
- Beweisbefugnislehre S. 338
- Beweisverwertungsverbot S. 319, 331–339, 342, 427
 - Abwägungslehre S. 333
- BIT (Bilateral Investment Treaty) S. 259–260, 274–275, 278–279, 281–290, 301–305
- Bundesverfassungsgericht S. 78, 157, 190, 201–202, 276, 298, 319, 324–325, 336–337, 340, 432–433, 454, 464
 - Berücksichtigungspflicht (s.o.)
 - Harmonisierung mit Völkerrecht (s. Berücksichtigungspflicht)
 - unmittelbare Anwendbarkeit von Entscheidungen S. 454
- Calvo-Klauseln S. 348
- Citoyen, global S. 473, 479
- Civil liability (zivile Haftung) S. 139
- Continuity of nationality-Formel S. 280, 348
- Contract S. 257–262, 265, 267–274, 281, 283, 289–291, 297–305
- Core crimes (Kernverbrechen) S. 70, 109, 135
- Core Labour Standards S. 413
 - verfassungskräftiger Kern des ILO-Regimes S. 413
- Corporate social responsibility S. 94–96
- Critical legal studies S. 17
- Danzig*-Gutachten S. 23–26, 444, 447
- Dédoublement fonctionnel S. 433
- Deliberatives Verfahren S. 74, 82, 453
- Demokratie S. 44, 66, 82–83, 391, 394, 420, 479, 485
 - Demokratieentwicklungsgebot S. 370–371
 - Demokratieprinzip S. 92, 441, 453, 462–463
 - Demokratisches Völkerrecht S. 473–485
 - „direkt“-demokratische Verfahren S. 385
 - Idee der Selbstgesetzgebung S. 44, 64, 66
 - Recht auf Demokratie S. 394
- Denunciation (einseitige Kündigung) S. 289
- Dezentraler Vollzug S. 420, 429
 - nationaler Unionsrechtsvollzug S. 429, 435

- nationaler Völkerrechtsvollzug S. 42, 422, 430, 448
- Diplomatenschutzkonvention 1973 S. 314
- Diplomatischer Schutz S. 37, 48, 159, 175, 177, 267, 275–282, 287–290, 343–360, 389, 396, 427–428
- Diskriminierungsschutz S. 62, 98, 162, 167, 243, 285, 316, 338, 387, 408–413, 460
- Dispute Settlement Body (WTO Streitbeilegungsgremium) S. 454–457
- Distomo*-Fall S. 190
- Doppelspruchsträgerschaft (Doppelverletzung Individuum und Heimatstaat) S. 155
- Dualismus S. 46–50, 304, 445–446
- Due diligence S. 61–63, 93, 227, 357
- Due process S. 319–323, 330–333, 391–393

- ECOWAS S. 135–136
- Effective Remedy S. 168, 239
- Effektivitätsgebot/Effektivitätsprinzip S. 41–42, 144–146, 329–330, 331, 341, 417, 430
- Einrede des Staatsnotstandes S. 298
- Eintrittsrecht, staatliches S. 284–285
- Emanzipation des Individuums S. 473, 480–485
- Ensure and respect-Klauseln S. 178, 245, Entkoppelung, materielle und prozessuale Rechte S. 37–42
- Erga omnes
 - Charakter des Völkerrechts S. 212
 - Normen S. 46, 323
 - Pflichten S. 57, 209, 388
 - Rechte S. 470
 - Subjekt S. 36, 482
- Ergebnispflicht (obligation of result) S. 61, 227, 238, 243–244, 359
- Ermessensspielraum, Eingrenzung (pflichtgemäße Ausübung des Ermessens) S. 352–355, 358–360
- Etatismus S. 8–11
- Europäische Union
 - EU-Grundfreiheiten S. 419–420
 - EU-Grundrechtecharta S. 167, 172, 429, 435
 - Europäische Integration S. 419–420
 - Rechtsschutz S. 434–436
 - unmittelbare Anwendbarkeit von Entscheidungen S. 456–457
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte S. 74–77, 81–83, 117, 136, 168, 195, 288, 323, 356, 430
 - harmonisierende Auslegung S. 398
 - Menschenrechtsverträge als Verfassungsrecht S. 284
 - Strafverfolgungs- und Bestrafungspflicht S. 236–241
- Europäisches justiziables Missbrauchs- oder Willkürverbot S. 354
- Extraterritoriale Pflichten (s. Schutzverantwortung Drittstaaten)

- Fair and equitable treatment-Standard S. 274, 285, 287
- Faires Strafverfahren S. 247–250, 273, 315, 318–323, 326, 330, 340–342, 392–393
- Flüchtlingsrecht
 - Behandlungsstandards S. 404–405
 - Flüchtlingseigenschaft S. 404
 - Flüchtlingsstatus S. 401, 404–405
 - Genfer Flüchtlingsabkommen 1951 S. 400–405
- Fragmentierung des Völkerrechts, Gefahr der S. 297, 467
 - Pluralität der Rechtsanwender S. 467
- Fremdenrecht S. 160, 171, 175, 323, 343, 427
 - local remedies rule (s. local remedies rule)
- „Fundamental Rights at work“ S. 411–412
- „Funktionär“, Individuum als (auch Sachwalter/gardien vigilant) S. 419

- Gatekeeper-Rolle S. 363, 463, 475
- GATT-Garantien, unmittelbare Anwendung S. 460–466
- Gegenmaßnahmen S. 286, 292–295
- Genfer Abkommen S. 60, 67, 111, 129–135, 178, 179–191, 197–198, 200–208, 211, 231, 245, 289, 367, 401, 405–407
- Genuine Link-Erfordernis S. 280
- Gerechtigkeit S. 118, 123, 133, 162, 234, 240, 330, 417

- Gesetzlichkeitsgebot
(s. Legalitätsprinzip)
- Gestaltungswirkung S. 457–458
- Gewaltenteilung S. 72–73, 441, 445, 458–462, 466
- Gewaltverbot S. 88, 218, 483
- Gleichlauf
- materieller und prozessualer Rechte S. 277, 283
 - Primärrechts- und Sekundärrechtsträger S. 153–154, 175–178, 301, 350
- Globalisierung S. 74, 90, 96–97, 102, 307, 365, 376, 413, 422
- Menschenrecht auf S. 396
 - Wandel und Entgrenzung der Staatlichkeit S. 422–423
- Gnadenverfahren, Berücksichtigung einer WÜK-Verletzung S. 340–342
- Governance S. 74, 83, 115, 219
- Grave breaches der Genfer Abkommen S. 130–134, 198, 203, 210
- Grundpflichten S. 8, 57, 99–102, 387
- Grundrechte
- Grundrechtskonzeptionen S. 420
 - Grundrechtsträgerschaft S. 44, 97
- Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit (s. Berücksichtigungspflicht)
- Haager Abkommen von 1907 über den internationalen Prisenhof S. 13, 20
- Harmonisierungsgebot (s. Berücksichtigungspflicht)
- Humanisierung des Völkerrechts S. 2, 149, 195, 341, 359–360, 388
- Humanitäre Intervention S. 218
- Humanitäre Unterstützung S. 221, 396
- ICSID-Schiedsgerichtsbarkeit S. 257, 279–280, 291, 302
- Idealismus S. 373
- ILC-Artikel zur Staatenverantwortung S. 137–138, 157–161, 174, 186, 292, 294, 296–299, 301
- ILO-Abkommen S. 407–408, 411–414, 475
- ILO-tripartisme S. 407
- Immunität
- der EU S. 434
 - der internationalen Organisationen S. 438
 - der Staatsorgane S. 105, 190, 192, 196–197, 347, 358,
 - Kombattantenimmunität S. 204
 - von Individuen durch Amnestien S. 239, 241
 - Zivilistenimmunität S. 212
- Individualansprüche (s. subjektives Recht)
- Individualismus S. 15, 18, 46–50, 471–472, 481
- normativer S. 472, 481
- Individualistische Völkerrechtslehren S. 1, 8, 11–20
- Individualpflichten
- durch Sicherheitsresolution S. 452–454
 - Pflichten im bewaffneten Konflikt S. 203–213
 - bewaffneter Oppositionsgruppen S. 205–210
 - internationaler Natur S. 204–204
 - nicht internationaler Natur S. 203–204
 - völkerrechtsunmittelbare nicht-strafrechtliche
- Verantwortlichkeit S. 104, 139–146, 148–151, 482
- Durchsetzung nicht-strafrechtlicher Individualpflichten S. 146–148
 - völkerrechtsunmittelbare Pflichten S. 13, 95–99
 - bewaffneter Oppositionsgruppen S. 205–210
 - internationaler bewaffneter Konflikt S. 204–205
 - nicht internationaler bewaffneter Konflikt S. 203–204
- Individualschützender Zweck S. 42, 154, 158, 175–176, 186, 200, 321, 338, 343, 367–368, 433, 451, 454, 461–464
- Informationelle Selbstbestimmung S. 320–321
- Inkorporation (s. Umsetzungsgesetzgebung)
- Inländergleichbehandlung (national treatment standard) S. 274
- Instrumentalisierung des Bürgers S. 419
- Integrität, territoriale S. 219

- Inter-Amerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte S. 235–236, 240–241, 313, 317–319, 322, 370
- Recht auf Bestrafung und Strafverfolgung S. 236
 - unmittelbare Anwendbarkeit von Entscheidungen S. 454
- Internationale Gemeinschaft S. 1, 135, 219, 242, 256,
- Internationale Organisationen
- Rechtserzeugung S. 474
 - Rechtsschutz S. 434–437
 - Verpflichtungen
 - Bindungen an Menschenrechte S. 423–425
 - Bindungen an subjektiv-internationale Rechte S. 415
 - Keine Flucht in internationale Organisationen S. 424
 - Berücksichtigungspflicht S. 424
- Internationale Pakte S. 60, 101, 224, 245, 420
- Internationale Territorialverwaltungsbehörden S. 84–85
- Internationales Arbeitsrecht S. 407–415
- Internationales Strafrecht S. 103, 121, 358, 389
- Internationales Umweltrecht S. 215, 396
- Internationalisierung S. 261, 267–273, 299, 416
- Interventionsverbot (Gebot der Nicht-intervention) S. 218, 223–226, 416
- Investitionsschutz
- Common Law Tradition (Contracts without privity) S. 281
 - deutsche Privatrechtsanalogie S. 276, 282, 284, 370
 - wirtschaftliches Entwicklungsabkommen S. 269–270
- Ius cogens S. 46, 91, 190, 192–193, 196, 198, 351, 364, 371, 380, 388, 405,
- Ius cosmopolitanum S. 481
- Jurisdiction to prescribe (universelle legislative staatliche Jurisdiktion) S. 81
- Juristische Personen
- des Privatrechts S. 3–4, 56, 423, 475
 - des Völkerrechts S. 4
- Jus Gentium S. 1
- Justiziabilität S. 343, 354, 352, 358, 447, 458, 459, 467
- Katastrophenschutzrecht S. 230, 358, 261, 222, 227–228
- Kooperationspflicht (duty to cooperate) S. 223–225
- Kernverbrechen (s. core crimes)
- Klagebefugnis S. 13, 21–22, 39–42, 143, 156, 434, 478–479
- bei Völkerrechtsverletzungen im bewaffneten Konflikt S. 199
 - Investor (Schiedsklagebefugnis) S. 258, 264–266, 275
 - Opfer Kriegsverbrechen S. 234, 433
- Kollektivverantwortung der internationalen Gemeinschaft S. 406
- Kommunitarismus S. 18, 393
- Komplementaritätsprinzip S. 110, 430–431
- Konsensbasis (Schiedsverfahren) S. 260–263, 302
- Konstitutionalisierung des Völkerrechts S. 378, 388
- Konstitutionalismus S. 3, 66, 71, 115, 369, 374, 439, 473, 478
- Konsularischer Schutz S. 307–309, 312, 315–316, 338
- Recht auf Kommunikation mit Heimatkonsul S. 310, 317, 318, 330
 - Rechte inhaftierter Ausländer (s. Ausländer)
- Konsultationsverfahren („Informed Consultation and Participation procedure“) S. 476
- Konvention gegen das Verschwindenlassen 2006 S. 314
- Koppelungsthese S. 39–40, 42
- Kosovo
- NATO-Intervention S. 189, 195, 218
 - Gutachten des IGH S. 87–88
- „Labour Rights as Human Rights“ S. 412
- LaGrand*-Fall (IGH) S. 27, 41, 69, 286, 309–310, 313, 316, 318–319, 327, 329, 341–342, 346, 368, 432, 482
- Law and Economics S. 18

- Legalitätsprinzip, transnational S. 70–72, 123
- Begriff S. 71
 - europäisch, EGMR-Rechtsprechung S. 74
 - Kriterien S. 75–76
 - Inter-public law principle S. 71
 - strenge Form (s. Nullum crimen-Grundsatz)
- Letztkontrolle
- der Staaten S. 385
 - des Individuums S. 196
- Libyen (Resolution des Sicherheitsrates) S. 220–221
- Lissabon-Vertrag S. 435
- Listing/Delisting-Verfahren (s. Sicherheitsratsresolution)
- Local remedies-rule/Local remedies-Prinzip S. 169–172, 178, 279, 348, 427–431
- Marge d'appréciation S. 431
- Marktbürger, Individuum als S. 419
- Massive Menschenrechtsverletzungen (gross violations of human rights) S. 58, 93, 97–99, 147, 161, 169–171, 187, 194, 219, 235, 243, 254, 355, 358f.
- Mauer-Gutachten (IGH) S. 177
- Mauerschützenprozess S. 122–123
- Mavrommatis-Formel S. 277, 343–345
- Mayersches Modell S. 378–379
- Medellín-Urteil (US Supreme Court) S. 313, 324, 451, 455, 457, 459
- Mediatisierung (s. Objektlehre)
- Meistbegünstigung (Most favoured nation treatment) S. 274, 282–285, 401–403, 460
- Mensch
- Geltungsgrund des Völkerrechts S. 12, 45
 - Finalität des Völkerrechts S. 12
- Menschenrechte
- Entwicklungsoffenheit S. 322, 393, 417
 - „Generationen“ S. 389
 - „Humanisierung“ des Völkerrechts S. 2, 149, 341, 388
 - praktische Konzeption S. 415–418
 - Universalitätsanspruch S. 99, 174
 - Unterscheidung zu einfachen völkerrechtlichen Individualrechten S. 387, 389–400
 - Verankerung in Menschenwürde S. 420
 - verfassungsartige Normenschicht S. 388
- Menschenrecht auf diplomatischen Schutz S. 343–360, 369
- „Menschenrecht auf Globalisierung“ S. 396
- Menschenrecht auf humanitäre Unterstützung in Katastrophenfällen S. 221–232, 396
- Menschenrecht auf konsularischen Schutz S. 369, 307–342
- Menschenrecht auf saubere Umwelt S. 389, 396
- Menschenrechtsausschuss S. 60–64, 166–168, 219, 238–241, 323, 355, 398, 430, 476, 483
- Menschenrechtsdiskurs S. 99, 405, 415
- Menschenrechtsgerichtshöfe, regionale S. 398
- Menschenrechtsinflation S. 416
- Menschenrechtspakte S. 27, 36, 101, 245, 420
- Menschenrechtsschutzinstanzen S. 42, 98, 235–240, 242, 323, 360, 428, 483
- Menschenrechtsverträge S. 18, 61–65, 79, 91, 158, 166–169, 178, 283–286, 314, 321–323, 372, 399, 475
- Menschenwürde S. 163, 176, 243, 420
- Migrantenabkommen 1990 S. 314
- Mitentscheidungsbefugnisse S. 474
- Monismus S. 26, 46–51, 445–446
- Moral S. 10–12, 18, 56, 94–96, 101–105, 118, 148, 185, 215–219, 385, 390, 395, 417, 471–473, 481
- Nachwirkklauseln (Nachwirkungsschutz bei Kündigungen) S. 286, 288–289
- NAFTA S. 259–264, 267, 275–277, 286, 292–296, 302–304, 362
- Nationality of claims-Regel S. 280
- Naturrecht S. 7–12, 16, 19, 27, 38, 54, 365, 373–376, 379–385, 470–473
- Neo-naturrechtliches Paradigma S. 19
- New Haven, Schule von S. 16

- Nichteinmischungsgrundsatz S. 226
 Nichtregierungsorganisationen (NGOs)
 S. 4, 86, 200, 227, 248, 426, 474–476
 Non-refoulement-Gebot S. 401
 Normenhierarchie S. 15, 50, 115, 388, 467
 Nürnberger
 – Charta S. 106, 134
 – Prinzipien S. 53, 107
 – Prozesse S. 15–16, 105
 – Urteil, Militärtribunal S. 26, 77,
 106–108, 118, 120, 133–134, 147
 Nuklearhaftung S. 139–153
 Nullum crimen nulla poena sine lege
 S. 47, 107, 108, 114–124, 128, 134, 149,
 243, 467

 Oberschlesienabkommen S. 21–23
 Objektlehre S. 10, 482,
 – Mediatisierung (Rechtsreflex) S. 10, 23,
 45–49, 63, 76, 78, 111–112, 139, 175, 207,
 189, 276–277, 484
 Opferrechte (s. Verbrechenopfer)
 Operzentrierter Ansatz S. 216, 246–250,
 251–252
 Optionsrecht S. 21, 398–400
 Output-Legitimation S. 466, 484

 Pacta tertiis-Regel S. 64–68, 208
 Pandektistik S. 481
 Paradigma der Moderne S. 470–472
 Paradigmenwechsel S. 1, 91, 218, 252, 361,
 484
 Parlamentarische Versammlung S. 474
 – Konsultativbefugnisse S. 474
 Petitionsrechte S. 21
 Pflichtenstellung Individuum (s. Individualpflichten)
 Pictet-Kommentar S. 56, 182–184, 197,
 211
 Plaintiffs' diplomacy S. 426
Plamann-Formel (EuGH) S. 434
 Political question doctrine S. 353
 Präklusionsregel (Procedural default
 Regel) S. 329
 Precommitment (Selbstbindung der
 Staaten) S. 266, 369, 383
 Prinzip der legislativen Zuständigkeit
 S. 66–69, 81, 89, 208–209

 Prinzipienbasierter Ansatz der ILO
 S. 413
 Prisen- und Repressalienrecht S. 426
 Privat-Pflichtigkeit,
 völkerrechtsunmittelbar (s. Individualpflichten)
 Privatisierung des Völkerrechts
 – ICSID-System S. 265
 – Strafanspruch (s. a. Opferzentriertheit)
 S. 252–256
 Privatrechtsanalogie S. 45, 64–66, 71, 208,
 258, 281, 370–371, 383
 – genossenschaftliche Ordnung S. 44,
 64
 – Grenzen S. 370–371
 – Privatautonomie S. 45–66
 – Vertrag zugunsten Dritter S. 287–290,
 362, 371, 383
 – Vertrag zulasten Dritter S. 64, 303
 Procedural default Regel (s.
 Präklusionsregel)
 Proliferation der Menschenrechte S. 394
 Prozessstandschaft des Individuums,
 Theorie der materiellen Anspruchs-
 trägerschaft des Staates (treaty claims)
 S. 275, 283, 346–348
 Public-private-partnership S. 474

 Rational choice Theorie/Terminologie
 S. 18, 369
 Reasonableness-Standard S. 353
 Rebellen (bewaffnete
 Oppositionsgruppen) S. 65, 92,
 204–210
 „Recht auf Demokratie“ S. 394
 Recht auf Rechte S. 385
 Rechtserzeugung s. Völkerrechts-
 erzeugung
 Rechtspluralismus S. 477
 Rechtspositivismus S. 8–11, 39
 Rechtsreflex (s. Objektlehre)
 Rechtsschutz (prozessuale Durchsetz-
 barkeit von Individualrechten) S. 21,
 22, 38–41, 58, 109, 111, 162, 166, 169,
 172, 185, 200–203, 236, 239, 277,
 280–282, 298, 315, 322, 337, 348,
 397–398, 424–439, 461, 484
 Rechtssicherheit S. 116, 199, 453

- Rechtsträgerschaft S. 34, 44–46, 200, 284–286, 301, 304
- Rechtswahlklausel, kontraktuelle S. 270, 290
- Rechtswegerschöpfungserfordernis S. 428
- Rechtsweggarantie (Rechtsschutzgarantie) S. 425–439
- Regulatory turn S. 54, 68, 102
- Prinzip des globalen Regulierungsbedarfs S. 68, 81, 89, 96
 - Regulierungslücke (Risiko der Unterregulierung) S. 68–70, 78–80, 81, 92, 97, 102, 205, 209
- Residualverantwortung der Staaten S. 424
- Resolution der Generalversammlung zum Recht auf Abhilfe und Wiedergutmachung (2006) S. 162–163, 187, 233–234
- Responsibility to Protect S. 92–94, 218–221, 226
- „Review and reconsideration“ (Überprüfung und Neubeurteilung) S. 327–329, 331, 336, 340, 455
- Nachteils- und Kausalitätsprüfung S. 327–329
- Revisionsgrund, Verletzung Artikel 36 WÜK S. 330–332
- Römisches Statut S. 80, 110, 135, 165, 246, 250–255
- Roll back Erschwerung/Verbot S. 369–370, 383
- Rule of law S. 65, 66, 70, 73, 76, 83, 108, 242, 357, 359, 435, 436, 466, 467
- Sanktionen
- EU-Richtlinien und Verordnungen S. 85
 - Sanktionenausschüsse S. 85–89, 354
 - Pflicht zur Unterstützung durch Heimatstaat S. 354
 - Sicherheitsratsresolution
 - Listing/delisting requests S. 86, 354, 437
 - Gezielte Sanktionen (targeted sanctions) S. 85, 354
 - Wirtschaftssanktionen S. 84
- Savings clauses (Verbote der staatlichen Sondervereinbarung) S. 181–183, 197
- Schiedsklauseln S. 262, 269, 302f.
- Schiedspraxis S. 269–271, 296
- Schiedsvertrag (agreement to arbitrate) S. 260–261
- Schutz und Sicherheit (full [and equal] protection and security) S. 274
- Schutznormlehre
- national (s. subjektives Recht, national)
 - völkerrechtlich S. 367–369
- Schutzpflicht S. 59, 80, 93, 99, 169, 179, 184, 218, 220–229, 236, 243, 352–360, 412
- Begriff S. 215–217
 - Inhalt: Vorbeugung, Verhinderung, Schutz und Beseitigung S. 217, 355
 - mittelbare Inanspruchnahme des Individuums S. 60–63, 69
- Schutzverantwortung, staatliche S. 219–220, 225, 227–228, 424
- Drittstaat (extraterritoriale Pflicht/Verantwortung) S. 220–221, 225–226, 228–232
 - Territorialstaat S. 218–220, 221–225, 231–232
- Selbstgesetzgebung, demokratische S. 44–45, 64–66
- Self-executing (s. Anwendbarkeit, unmittelbare)
- Sicherheitsratsresolutionen
- Sanktionen (s. Sanktionen)
 - suppression conventions (s. Suppression conventions)
- Soft law S. 210, 230, 245, 247
- codes of conduct S. 414
 - Leitlinien S. 94, 414
 - unternehmerische Selbstverpflichtung S. 414
- Solidarität S. 219
- Spätkonstitutionalismus S. 369, 374, 439, 478,
- Spaltungslehre S. 175, 267, 283, 301, 350
- Souveränität
- als Verantwortung S. 218

- Beschränkung/Durchbrechung S. 49, 66, 117, 218, 222, 226, 416–417,
- Prinzip S. 8–12, 45, 65–66, 106, 198–199, 288, 383, 427–428, 438
- Staatenkonsens S. 45, 75, 384, 469
- Konsensverfahren S. 162
- Staatsanalogie S. 57
- Staatsunabhängigkeit (Rechtsstatus des Individuums) S. 361–385
- Originäre individuelle Völkerrechtspersönlichkeit (s. Völkerrechtspersönlichkeit)
- Strafanspruch
 - Privatisierung (s. Opferzentrierung)
 - Verstaatlichung (treuhänderische Wahrnehmung) S. 253
- Strafbarkeit, völkerrechtliche individuelle S. 106–114, 122–124, 128, 130–138, 148–151
- Straffähigkeit S. 108–113, 149
- Subjektives öffentliches Recht
 - „einfaches“ internationales S. 39–42, 59, 449, 359, 368–369, 387–390, 393–399, 415–418, 431, 433, 469–473, 478, 480–485
 - allgemeiner Völkerrechtsbefolgungsanspruch S. 422
 - Arbeiterrechte S. 407–412, 414–415
 - auf Abhilfe und Wiedergutmachung S. 170, 172–174
 - auf Bestrafung S. 234–245
 - auf diplomatischen Schutz S. 347–350, 351–355, 357–360
 - auf Strafverfolgung S. 178, 256
 - Doppelfunktion (funktional/autonom) S. 420
 - Flüchtlingsrechte S. 404–406
 - Individualrechte aus Art. 36 WÜK S. 315–323, 341
 - Individualrechte im Recht des bewaffneten Konflikts S. 179–197
 - transnationaler humanitärer Schutz S. 229–230
 - völkerrechtliche Rechtsschutzgarantie S. 437–439
- nationales subjektives öffentliches Recht S. 38–40, 95, 373–379, 431–432, 442–443, 447–449, 470–473
- Subrogationsklauseln S. 283–285
- Subsidiaritätsprinzip S. 42, 110, 148, 323–325, 377, 392, 428–431, 444, 466
- Suppression conventions S. 125–128, 136–137, 407
- Survival-Klauseln S. 288
- Targeted sanctions (s. Sanktionen)
- Terrorakte S. 84, 128, 133, 137
- Totalitarismus S. 15
- Transitional justice S. 171, 233
- Transparenzerfordernis S. 475
- Transnationale Unternehmen (s. Wirtschaftsunternehmen)
- Trennung prozessualer und materieller Ansprüche S. 157, 175, 176, 267
- Treuhänderstellung des Staates S. 485
- Überlagerung eines Regimes durch Menschenrechte S. 400–405
- Umbrella clauses S. 271–272
- Umsetzungsgesetzgebung S. 25, 92, 131, 203, 447, 453
- Umwelthaftung S. 139–144, 150
- UN-Antifolterkonvention 1984 S. 125, 172, 314
- UN-Charta S. 55, 84–89, 94, 366, 420, 437, 451, 453–455
- UN-Menschenrechtsausschuss S. 60–64, 166–168, 219, 238, 240, 323, 483
- Unabgeleitetheit des Staates (Ursprünglichkeit des Staates) S. 383
- UNCITRAL S. 257, 260
- Universalitätsanspruch (s. Menschenrechte)
- Unmittelbare Anwendbarkeit (siehe Anwendbarkeit)
- Unterrichtsrecht S. 335
- Untersuchungs- und Strafverfolgungspflicht S. 178, 233–245
 - EGMR S. 236–238
 - IAGMR S. 235–236
 - UN-Menschenrechtsausschuss S. 238–240
- Unverzichtbarkeitsklauseln (s. non-renunciation clause) S. 181–184, 289
- US-Supreme Court S. 148, 202, 311, 324, 329, 333, 391, 451, 454

- unmittelbare Anwendung von Entscheidung S. 455, 457, 459
- Varvarin*-Fall S. 189–190
- Vattel'sche Fiktion S. 344–347
 - Begriff S. 345
- Verbote der staatlichen Sondervereinbarung (s. *savings clauses*)
- Verbrechensopfer
 - Begriff S. 247
 - Beteiligung S. 247–250
 - Schutzmaßnahmen S. 250–251
- Verfahrenseinleitungsbefugnis, völkerrechtliche
 - Investor S. 262–267, 304
- Verhaltenspflicht (obligation of conduct) S. 359
- Vermutung
 - für Rechtsträgerschaft von Investoren S. 286–289, 292, 300–301, 304
 - für Völkerrechtspersönlichkeit des Individuums (implizite Verleihung) und Individualrechte S. 78, 112–114, 367–369, 403, 411
 - gegen die Existenz von Individualrechte und -pflichten S. 24, 78, 201, 367–369
 - gegen unmittelbare Anwendbarkeit S. 463–464
- Versailler Vertrag S. 22–23, 105,
- Vertrag zugunsten Dritter (s. *Privatrechtsanalogie*)
- Vertrag zulasten Dritter (s. *Privatrechtsanalogie*)
- Vertragsschlusskompetenz, *ius tractandus* S. 31
- Vertrauensschutz (berechtigte Erwartungen/*legitimate expectations*) S. 123, 288, 352, 456
 - Investitionsschutzrecht (*legitimate expectations*) S. 273, 299
- Verwaltungsrechtsverhältnis, in Ersetzung des subjektiv-öffentlichen Rechts S. 33
- Verzicht (s. *waiver*)
- Völkermordkonvention 1948 S. 135–136, 219, 228
- Völkerrecht
 - demokratisches S. 473–479
 - inter-individuelles System S. 47
 - modernes S. 473
 - zwischen-staatliches System S. 47
- Völkerrechtliche Verantwortung, individuell (s. *Individualpflichten/ Strafbarkeit*)
- Völkerrechtserzeugung durch Individuen und private Entitäten S. 473–479
 - durch Berechtigungsrechte S. 65, 384, 473–477
 - durch Klagebefugnis (*Richterrecht*) S. 478–479
 - Völkerrechtserzeugungskompetenz, -fähigkeit und -macht S. 43–46, 210, 363, 473–479
- Völkerrechtsfähigkeit (s. *Völkerrechtspersönlichkeit*)
- Völkerrechtspersönlichkeit S. 2, 3, 13, 15, 27–29, 32, 34–36, 43–50, 53–54, 108, 110, 190, 366, 372, 381–382, 361–387, 419, 469
 - Aktive S. 376
 - Begriff S. 29–53
 - enger prozessualer Begriff S. 42
 - beschränkte S. 205
 - derivative S. 365
 - Individualvölkerrechtspersönlichkeit S. 478
 - natürliche S. 376
 - objektive S. 28
 - originäre/ staatsunabhängig (s. a. *Staatsunabhängigkeit*) S. 19, 28, 480
 - primäre S. 365, 480
 - Rechtsgrundlage S. 366–379
- Völkerrechtsperson, Begriff S. 29–35
- Völkerrechtssubjekt, Begriff S. 29–35
- Völkerrechtssubjektivität (s. *Völkerrechtspersönlichkeit*)
- Völkerrechtsträgerschaft S. 34, 479
- Völkerrechtsunmittelbarkeit
 - als Völkerrechtssubjektivität S. 47–48
 - Individualpflichten/individuelle Verantwortlichkeit (s. *Individualpflichten*)

- völkerrechtsunmittelbare Individual-
ansprüche(-rechte) (s. subjektives Recht)
- Völkerstrafrecht (s. internationales
Strafrecht)
- Vorhersehbarkeit S. 59, 75–80, 115,
119–123, 137, 212, 280, 412
- Vollstreckungslösung (BGH) S. 340–341
- Wahrheits- und Versöhnungskom-
missionen S. 192
- Waiver S. 181, 194–199, 289–291, 348
- Weiterleitung von Informationen, Recht
auf S. 307–312, 321, 324
- Weltinnenrecht
 - strukturelle Annäherung zwischen
Völkerrecht und nationalem Recht S. 376
- Weltkrieg
 - erster S. 13–15, 21–26, 105, 156, 191,
398–399, 484
 - zweiter S. 8, 11, 26, 106, 157, 183,
187–190, 192, 196–198, 400, 404
- Widerspruchslösung (BGH) S. 330
- Wiederaufnahmegrund S. 167, 330–332,
427
- Wiedergutmachtung (reparation, inkl.
Entschädigung) S. 23, 156–157, 159,
161–165, S. 167–174, 187, 190–191, 196,
198–202, 233, 252–255, 345, 355, 424
- compensation S. 141, 159–162,
164, 167–172, 178, 187, 193, 235, 294,
301
- restitution (inkl. Naturalrestitution)
S. 159–164, 326, 331, 338, 345
- satisfaction S. 159, 162–163, 242, 246,
255–256
- Wiener Übereinkommen über
konsularische Beziehungen 1963
(WÜK) S. 1, 27, 41, 286, 307–342
 - unmittelbare Anwendbarkeit von
Art. 36 S. 311–312, 333
- WienerVertragskonferenz 1963 S. 312
- Wiener Vertragsrechtskonvention 1969
S. 25, 64, 321, 444
- Willkürschutz S. 75, 352–354, 441, 480
- Wirtschaftsunternehmen S. 4, 56–57,
63–68, 90–93, 97–99, 139–142,
145–151, 268–270, 290, 402, 412–413,
422, 474
- World Summit Outcome Document 2005
S. 218
- WTO-Streitbeilegungsgremium (s.
WTO-Dispute Settlement Body)
- WTO-Abkommen S. 444, 448, 460–46
- Zentralisierung der Opfer (s.
Opferzentrierung)
- Zivilgesellschaft S. 4, 86, 384, 475